

Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.8 - 63. Jahrgang

27. April 2013

„Gute Arbeit. Sichere Rente. Soziales Europa“



Die Berliner SPD ruft zur Mai-Demonstration des DGB auf. Unter dem Motto „Gute Arbeit. Sichere Rente. Soziales Europa.“ startet der Demonstrationszug um 10 Uhr am Hackeschen Markt.

In diesem Jahr sei der 1. Mai auch ein Tag des Erinnerns und Gedenkens, sagte Doro Zinke, Vorsitzende des DGB Berlin-Brandenburg. Denn vor 80 Jahren stellte Hitler mit dem Ermächtigungsgesetz die Weichen auf dem Weg in die Barbarei; am 2. Mai 1933 wurden die Gewerkschaftshäuser gestürmt, Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen in KZs verschleppt und die Gewerkschaften verboten. Im Verlauf des Jahres wurden u.a. die ersten Pogrome organisiert, fand die Gleichschaltung der Presse statt. Deshalb sei die versuchte Vereinnahmung des 1. Mai durch Neonazis in Berlin unerträglich und provoziere den Widerstand aller demokratischen Kräfte, so Doro Zinke. Der 1. Mai sei nach wie vor Tag der Arbeit und nicht der Krawallmacher. Angesichts wachsender Armut sowie unwürdiger Arbeits- und Lebensbedingungen für viele Menschen auch in unserer Region, besitze der Tag nach wie vor seine Berechtigung, um gewerkschaftliche Forderungen auf die Agenda zu setzen.

Die Demonstrationsroute führt zum Pariser Platz. Auf der Kundgebung um 11.30 Uhr vor dem Brandenburger Tor sprechen die Vorsitzende des DGB Berlin-Brandenburg Doro Zinke und der Präsident der Europäischen Transportarbeiterföderation Lars Lindgren. Die Mitglieder der Berliner SPD treffen sich um 9.30 Uhr an der Spandauer Straße Ecke Anna-Louisa-Karsch-Straße (Hackescher Markt). **BS** □

Regierungsprogramm:

Die SPD setzt auf das „Wir“

Mehr Gemeinschaftsgefühl, mehr Gerechtigkeit

Das Regierungsprogramm der SPD, das auf dem Augsburger Bundesparteitag beschlossen wurde, setzt auf ein neues Gemeinschaftsgefühl in der Gesellschaft. Gemeinwohl soll vor dem Profit des Einzelnen stehen.

Der Berliner SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß bewertete das Regierungsprogramm als „ein Programm für mehr soziale Gerechtigkeit“. „Die Berliner SPD konnte an vielen Punkten deutliche inhaltliche Akzente im Programm setzen“, sagte Stöß. „Wir wollen, dass Deutschland besser und gerechter regiert wird.“

Stöß wies darauf hin, dass die SPD u.a. mit der Forderung nach einer Mietpreisbremse in den Wahlkampf ziehe. „Wir konnten erreichen, dass das mietenpolitische Konzept der SPD konkretisiert wird: Der Anstieg der Mieten soll stärker gebremst werden.“

Die SPD trete für deutliche Verbesserungen im Asylrecht ein, zum Beispiel die Abschaffung der Residenzpflicht. Es gehe um die Initiative der SPD Berlin zurück, dass die SPD das sogenannte Flughafenverfahren



Bundesparteitag: Peer Steinbrück und Sigmar Gabriel. Foto: SPD/Urban

zur Abschiebung im Schnellverfahren aussetzen werde, erklärte Stöß. „Schon vor dem Bundesparteitag konnten wir in der Partei eine Mehrheit für unsere zentrale rentenpolitische Forderungen finden: die Beibehaltung des derzeitigen Rentenniveaus und die Angleichung der Ost-Renten auf das westdeutsche Niveau bis 2020. Das alles ist sozialdemokratische Politik für Deutschland und Berlin.“ **BS** □

www.spd-berlin.de/regierungsprogramm

„Bund muss Städtebau stärken“

Müller fordert Kurskorrektur - Kürzungen sind das falsche Signal

Die Bundesmittel für die Städtebauförderung reichen auch in diesem Jahr nicht aus. „Die erneuten Kürzungen im Programm Soziale Stadt sind das falsche Signal“, so Stadtentwicklungssenator Michael Müller. „Der soziale Zusammenhalt und ein solidarisches Miteinander in den sozial schwachen Quartieren ist eine der zentralen Aufgaben und bedingt die finanzielle Unterstützung durch die Bundesregierung.“

Trotz der Bemühungen der Bundesländer ist es bislang nicht gelungen, die im Jahr 2011 vorgenommenen Kürzungen zu revidieren und die Städtebauförderung entsprechend den Forderungen der Länder

auf das Niveau 2010 in Höhe von 535 Mio. € anzuheben. „Das Erfolgsprogramm Soziale Stadt muss zum Leitprogramm der Städte-

IN DIESER AUSGABE:

SPORTSTADT BERLIN	S. 2
MIT DER S-BAHN IM GESPRÄCH	S. 4
SPD: ANALOG UND DIGITAL	S. 7
NEUE STOLPERSTEINE	S. 12

bauförderung weiterentwickelt und darf in seinem finanziellen Rahmen keinesfalls weiter reduziert werden“, sagte Müller. Berlin fordert eine Kurskorrektur und will sich gegebenenfalls über eine Bundesratsinitiative dafür einsetzen, dass die Gelder für 2014 aufgestockt werden. **BS** □

Sportempfang:

„Ein Dank an die Ehrenamtlichen“

Karin Halsch: Die Sportstadt Berlin lebt vom Engagement in den Vereinen

Berlin hat attraktive Sportvereine, viele Besucher in den Stadien, internationale Spitzenveranstaltungen, aber auch ein großes Breitensportangebot. Das organisieren Tausende von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern. Ihnen möchte die Berliner SPD mit einem Sportempfang am 3. Mai für ihr Engagement danken, sagt Karin Halsch, Berliner SPD-Abgeordnete und Vorsitzende des Forums Sport der Berliner SPD.

BS: Hertha BSC ist wieder in die Bundesliga aufgestiegen, die Eisbären Berlin sind Deutscher Meister im Eishockey. Haben Sie nach dem Jubel des vergangenen Wochenendes noch genug Stimme?

Karin Halsch: Die Stimme ist trainiert, weil es in Berlin immer wieder großartige Leistungen anzufeuern gibt. Wir sind eine wirkliche Sportmetropole geworden, mit vielen Spitzensportlerinnen und -sportlern, aber auch vielen tollen Vereinen, die sich in guter Tradition um den Breitensport kümmern, wie etwa der BFC Germania aus Tempelhof, der jetzt als ältester Fußballclub Deutschlands sein 125jähriges Bestehen feierte. In der kommenden Saison wird es 73 Berliner Erstbundesliga-Teams aus 32 Sportarten geben. Das zeigt, wie breit aufgestellt Berlins Vereine sind, übrigens auch im Frauenbereich.

BS: Das Forum Sport der Berliner SPD lädt am 3. Mai zu einem Sportempfang. Wird es wieder eine Auszeichnung für Ehrenamtliche geben?

Karin Halsch: Ja, das ist eine gute Tradition geworden. Es ist unser Dank für das große Engagement und die viele Zeit, die ehrenamtlich eingesetzt wird. Beispielhaft für viele andere zeichnen wir diesmal Martina Stampka vom SG Narva Berlin e.V. aus, die als Handballerin in der weiblichen B-Jugend 1974 DDR-Meisterin war, lange in der Oberliga spielte, und danach den Frau-



SPD Sportempfang 2011: Alle zwei Jahre würdigt die SPD ehrenamtlich Tätige in Sportvereinen.

en- und Mädchensport förderte und organisierte. Wir würdigen die Arbeit von Renate Schlimme, seit 1982 Übungsleiterin und Trainerin im Schwimmclub Poseidon Berlin und engagierte Vertreterin im Bezirkssportbund Charlottenburg-Wilmersdorf. Und mit Isko Steffan erhält die Auszeichnung der Vizepräsident Rehasport beim Behinderten-Sportverband Berlin, der im Präsidium des Landessportbunds mitwirkt.

BS: Mit welchen Themen befasst sich das Forum Sport derzeit?

Karin Halsch: Im Forum Sport tauschen die Bezirks- und Landespolitiker der Berliner SPD und Vertreter aus Vereinen und Verbänden ihre Erfahrungen aus. Ein Thema ist dabei stets der Erhalt der Sportstätten. Da ist viel erreicht worden, etwa bei der Bädersanierung. Das ist auch ein wichtiger Punkt unserer Daseinsvorsorge. Denn wer nicht in den Urlaub fahren kann, muss in unserer Stadt Erholungs- und Sportangebote finden. Und es geht oft um konkrete Hilfen. So konnten wir beim letzten Haushalt durchsetzen, dass die Übungsleiter finanziell etwas besser ausgestattet werden, auch wenn ich mir hier noch mehr vorstellen könnte. Ein weiteres Thema waren die Veränderungen, die der Ganztags-

schulbetrieb für den Freizeitbereich mit sich bringt. Kinder und Jugendliche, die bis 16 Uhr in der Schule sind, nehmen die Vereinsangebote anders wahr. Aber die Vereine reagieren sehr gut darauf, indem sie Kooperationen mit Schulen eingehen. Hier gibt es u.a. das von der Senatsbildungsverwaltung geförderte Projekt „Profivereine machen Schulen“, an dem u.a. der 1.FC Union und ALBA Berlin mitgewirkt haben.

BS: Berlin ist ein gefragter Austragungsort für internationale Sportveranstaltungen. Was erwartet uns in dieser Hinsicht?

Karin Halsch: Das lässt sich kaum alles aufzählen. Das Pokalendspiel am 1. Juni hat schon Tradition. Im August steht der Grand Slam im Beach Volleyball auf dem Programm, wir haben den Kurzbahn-Weltcup im Schwimmen, im September kommt das Leichtathletik-Fest ISTAF, wir haben die EM-Finalrunde im Volleyball der Frauen und den Berlin-Marathon. Im November folgen die German Open im Tischtennis. Ende Mai findet hier übrigens die Welt-sportministerkonferenz statt. Sicher auch aus gutem Grund. **Interview: U. Horb** □

Gedenkstelen eingeweiht



SPD-Schatzmeisterin Barbara Hendricks hat am Montag drei Gedenkstelen an der Berliner Lindenstraße eingeweiht, die an die Besetzung der SPD-Parteizentrale und der Redaktion des „Vorwärts“ durch SA und Polizei im Jahre 1933 erinnern. Foto: Bea Marquardt

Bundestagswahl:

SPD schaltet Wahlkampf-Hotline

Unter der Rufnummer 030/25991 500 können Bürgerinnen und Bürger ab jetzt Fragen zum Wahlkampf stellen. An ausgewählten Terminen werden zudem SPD-Politikerinnen und Politiker am Hörer sitzen. Beim Start war es Andrea Nahles.

„Da entwickelt sich ein Super-Wahlkampf“, sagte Achim Schreier, Leiter der Direktkommunikation im Willy-Brandt-Haus am Montag in Berlin. „Die Leute wollen vor allem Infos zu Materialien und Terminen

des Wahlkampfs. Manche waren völlig überrascht, dass Andrea Nahles am Hörer saß – und meist schneller war, als die Studenten, die unser Team verstärken.“

Die SPD-Wahlkampfhotline im Berliner Willy-Brandt-Haus ist von Montag bis Freitag von 9 bis 18 Uhr besetzt, Samstag und Sonntag von 12 bis 18 Uhr. Auch Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer der Partei können mit ihren Fragen oder Anregungen jederzeit über die Hotline mit der SPD Kontakt aufnehmen. **PM** □

Berliner Stimme

Herausgeber: SPD Landesverband Berlin
Verlag: wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

Redaktion: Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Abo-Service: Jürgen Thomas, Tel.: 2408 36-60, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de
Abonnementspreis: 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)

Druckerei: KORRekt Mailingservice Berlin

Stadtentwicklung:

„Die Seele der Stadt zurückgewinnen“

Jan Stöß fordert eine Debatte über die historische Mitte - IBA als Planungsinstrument

Die Ampel zeigt rot, es ist laut. Auf der Mittelinsel in der Grunerstraße liefert der Verkehrslärm ein schwer zu übertönendes Grundrauschen. Jan Stöß hebt die Stimme. „Mich würde interessieren, wer sich hier gerne aufhalten möchte“, sagt er.

Es sind nicht die unzähligen Baustellen, die ihn an diesem Tag bei einem Rundgang durch Berlins historische Mitte stören. Es ist vielmehr das noch Ungeplante, was ihn besorgt macht, das Planlose. An etlichen Stellen zwischen Rotem Rathaus und Staatsoper werden mit Baukränen Fakten geschaffen. Aber da, wo das Humboldt-Forum entsteht, fehlt das Gegenüber, bemängelt Stöß. Was Stadtplaner „Freiräume“ nennen, empfindet er als Stadtbrachen. „Es gibt hier keine Aufenthaltsorte, man möchte nirgends lange bleiben“, stellt er fest. Hier müsse neu nachgedacht und geplant werden.

Er möchte „die Seele der Stadt zurückgewinnen“, sagt der SPD-Landesvorsitzende. Hier liegt Berlins mittelalterlicher Stadtkern, hier waren Schadow und Mendelssohn zu Hause. Jan Stöß wünscht sich eine Debatte über den Umgang mit diesem historischen Schatz.

Dazu gehört für ihn auch, über eine Bebauung nachzudenken, am Marx-Engels-Forum ebenso wie am Rathausforum oder am Molkenmarkt, im Grundriss der alten Stadt und kleinteilig. „Berlin braucht neue Wohnungen“, sagt er. Hier könnten rund 4000 entstehen, gleichzeitig gebe es mehr Urbanität. Eine Idee für die Innenstadt zu finden, sollte zur Aufgabe der Internationalen Bauausstellung werden, die bislang für das Jahr 2020 geplant ist, so sein Vorstoß.

Für diese dritte Berliner IBA laufen die Vorbereitungen derzeit unter dem Motto „Draußenstadt wird Drinnenstadt“. Angesprochen wird damit der Zusammenhang von begehrter Innenstadtlage und weniger nachgefragter Stadtrandlage. Zu Themen wie „Vielfältige Stadt“, „Wohnen als Motor“ und „Stadt baut Stadt“ sollen Projekte entwickelt und umgesetzt werden.

Mit dem seit 1999 fortgeschriebenen „Planwerk Innere Stadt“, das inzwischen neben den zentralen Quartieren auch den Bereich um das Schöneberger Südkreuz oder das Messegelände einschließt, liegen Rahmenbedingungen vor. Ziele dabei sind u.a.: „Nachhaltige Stadtentwicklung durch Innenverdichtung und durch Aktivierung innerstädtischer Entwicklungspotenziale“, die „Bewahrung und Qualifizierung der Innenstadt als Wohn- und Arbeitsort für sozial unterschiedliche Bevölkerungsgruppen“ oder die „Qualifizierung des öffentlichen



Jan Stöß, Blick auf den Mühlendamm: „Wer will sich hier aufhalten?“ Foto: Horb



Rotes Rathaus: Baustelle am Parkplatz.



Blick auf die DDR-Architektur im Nikolaiviertel.

Raumes und innerstädtischer Grün- und Freiflächen durch Verbesserung ihrer Aufenthalts-, Nutzungs- und Gestaltqualität und Verknüpfung innerstädtischer Grün- und Freiflächen“.

Eine solche Verdichtung und Verbesserung der Aufenthaltsqualität täte den Bereichen rund um das Rote Rathaus gut. Berlins Mitte gibt Zeugnis von den Kriegszerstörungen, die DDR-Zeit, in der die SED-Führung mit Prunkbauten ihr Herrschaftssystem untermauern wollte, hat ihre Spuren hinterlassen, Straßen schlagen breite Schneisen durch das Zentrum.

Stöß kritisiert diese Straßenzüge, die mit ihren Parkplätzen auf den Mittelstreifen zur Unwirtlichkeit beitragen. Gertraudenstraße, Mühlendamm und Grunerstraße wirken wie Stadtautobahnen. Und er kritisiert die Bebauung ganzer Blöcke mit gleichförmiger Architektur. Wenn er die hi-



Baustelle am Petriplatz, einst zentraler Platz der mittelalterlichen Stadt Cölln. Foto: Horb

storischen Stadtgrundrisse wieder aufleben lassen möchte, dann nicht mit monotoner Investorenarchitektur.

„Gerade in einer gewissen Kleinteiligkeit moderne Architektur zu verwirklichen, das stelle ich mir spannend vor“, sagt Jan Stöß. Baugenossenschaften und städtische Unternehmen sollten beim Wohnungsbau zum Zug kommen. Das könne zur Entlastung des Wohnungsmarktes beitragen, auch wenn hier, so Stöß, „sicher kein klassischer sozialer Wohnungsbau möglich“ sei. Zugleich setzt er sich für einen behutsamen Umgang mit der DDR-Architektur ein. Es gehe nicht um Abriss, betont er.

Eine Internationale Bauausstellung könnte für die nötige Qualität der Architektur sorgen, meint der SPD-Landesvorsitzende, der sich für seinen Vorstoß die Unterstützung des Fraktionsvorsitzenden Raed Saleh gesichert hat. Es sei an der Zeit, die Debatte zu führen. „Wir bauen eine U-Bahn, ohne zu wissen, was darüber entstehen soll.“

Geklärt werden könnten in diesem Zusammenhang auch mögliche Rückübertragungsansprüche von jüdischen Alteigentümern im Bereich von Marx-Engels-Forum und Rathausforum, die nur bei der jetzigen Nutzung als öffentliche Freiflächen nicht zum Tragen kamen. Für mehrere Bereiche gibt es Bebauungspläne der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, etwa für den Molkenmarkt, wo die breiten Straßenzüge wieder schmaler werden sollen, um Raum für Wohnungsbau zu schaffen. „Die historische Mitte Berlins haben wir in die Wohnungsbaudebatte längst einbezogen“, sagt Stadtentwicklungssenator Michael Müller. Die Senatsbauverwaltung sieht derzeit ein Potenzial von rund 1500 Wohnungen.

Die ersten Reaktionen auf den Vorstoß des SPD-Landesvorsitzenden zeigen das Interesse an einer breiten, öffentlichen Diskussion über die historische Mitte. Die Stadt kann damit nur gewinnen. **uh □**

Rund um den 1. Mai:

Veranstaltungen der Berliner SPD zum 1. Mai

○ Die SPD Mitte lädt am 30. April zum „Tanz in den Mai“: Alte Kantine Wedding, Uferhallen, Uferstr. 8-11, Beginn: 20 Uhr. Eintritt: 5 Euro inkl. Buffet und Live DJ.

○ Die SPD Dahlem veranstaltet ihren „Tanz in den Mai“ mit Buffet und Live-Musik von Poisson Ivy am 30. April 2013 ab 19:00 im Friedenszentrum, Pacelliallee 61.

○ **Rock in den Mai** der SPD Pankow-Süd, 30. April um 20:30 Uhr in der KulturKantine, Saarbrücker Straße 24, 10405 Berlin

○ **Maifest** der SPD Pankow **im Bürgerpark**, 13.00 bis 18.00 Uhr (mit Senatorin Sandra Scheeres, Ralf Wieland, Jan Stöß, Raed Saleh und dem Pankower Bundestagskandidaten Klaus Mindrup)

○ **Maifest im Schlosspark Buch**, 14.00 bis 18.00 Uhr (mit Ralf Wieland, Jan Stöß, Raed Saleh und dem Pankower Bundestagskandidaten Klaus Mindrup)

○ **Volks- und Kinderfest auf der Werneuchener Wiese**, 14.00 bis 18.00 Uhr.

○ Die SPD Treptow-Köpenick lädt zum **Maifest in den Treptower Park** (zwischen Biergarten „Zenner“ und Rosengarten). Von 14.00 bis 17.00 Uhr wird ein buntes Programm für Jung und Alt mit Jazz-Musik der „Juhle-Manger-Band“, Kaffee & Kuchen, Spielen, Aktionen für Kinder, Infoständen sowie Talkrunden mit Politprominenz geboten. Als Gäste erwartet werden u.a. Arbeitssenatorin Dilek Kolat, Matthias Schmidt (Bundestagskandidat und SPD-BVV-Fraktionsvorsitzender), Oliver Igel (Bezirksbürgermeister), Rainer Hölmer (Baustadtrat), Jan Stöß, Raed Saleh sowie Abgeordnete und Bezirksverordnete.

○ Die SPD **Marzahn-Hellerdorf**, die AG 6oplus und die Arbeiterwohlfahrt laden am 1. Mai von 14 bis 18 Uhr zu einer gemeinsamen Feier im Stadtteiltreff, Kastanienallee 53 12627 Berlin.

○ Eine Führung mit Jacques Schwartz zu den **Stätten der traditionellen Maifeiern der Berliner Arbeiterbewegung** bietet die SPD Dahlem am 1. Mai. Treffpunkt ist um 14 Uhr am S-Bahnhof Grünau, Ausgang Adlergestell **BS** □

Finanzpolitik:

City Tax kommt

Auf private Übernachtungen soll in Berlin vom 1. Juli an eine Steuer in Höhe von 5 % des Übernachtungspreises erhoben werden. „Mit der Übernachtungssteuer wollen wir erreichen, dass auch Touristen einen kleinen Beitrag dazu leisten, dass Berlin attraktiv bleibt und noch attraktiver wird“, so Finanzsenator Ulrich Nußbaum. Das Land rechnet mit Einnahmen in Höhe von 25 Millionen Euro pro Jahr. **BS** □

Vor Ort:

„Betrieb stabilisiert sich“

Fachausschuss-Mitglieder trafen S-Bahn-Geschäftsführer

Der Fachausschuss Mobilität, bekannt für seine interessanten in- und ausländischen Exkursionen, besucht im Wechsel einmal jährlich auch die BVG und die S-Bahn. Am 10. April schauten 20 Mitglieder für zweieinhalb Stunden bei der S-Bahn im Betriebsbahnhof Schöneweide vorbei.

Dort stellten S-Bahn-Geschäftsführer Peter Buchner und der Leiter der Leitstelle/Transportleitung, Tobias Mertens, zunächst das komplexe System der Transportleitung der S-Bahn vor, die seit dem 1.12.2011 auf dem Gelände in Schöneweide ansässig ist.

Die Transportleitung disponiert die Fahrzeuge und das Personal der S-Bahn. Und das mit neuer Technik, in die - mit dem Umzug der Transportleitung am 1.12.2011 nach Schöneweide - umfassend investiert worden ist. Am neuen Standort wurde auch die Stelle eines Mobilitätskoordinators geschaffen. Über ihn laufen sämtliche Informationen für die KundInnen in den Zügen und auf den Bahnsteigen. Er leitet sie an den RIS-Manager (RIS = Reisenden-Informationssystem) in der Betriebszentrale Halensee weiter, die für die Netz-Komponenten Schienen, Weichen und Signale zuständig ist. So soll eine schnelle Information gewährleistet werden.

Jeweils ein/e Personal- und ein/e SystemdisponentIn kümmern sich im Dreischichtbetrieb um die Nord-Süd-Bahn, Stadtbahn und Ringbahn. Die MitarbeiterInnen sind besonders bei Stör- oder Notfällen sehr gefragt. Bei größeren Beeinträchtigungen richten sie einen Schienenersatzverkehr ein. Unterstützung für den täglichen Dienst leisten zahlreiche Displays, auf denen die Betriebszustände jedes Zuges beobachtet werden. Nach Aussagen von Herrn Buchner und Herrn Mertens hat die Transportleitung bereits merklich zu einer Stabilisierung des Betriebes und verbesserter KundInneninformation beigetragen.

Herr Buchner führte anschließend durch die riesige Wagenhalle. Hier wird die „schwere“ Instandhaltung von der S-Bahn selbst durchgeführt (was nicht in allen Betrieben üblich ist, viele vergeben diese Arbeiten nach außen). Im Regelfall befinden sich 30 Viertelzüge in der Werkstatt. Derzeit sind es 50. Zu Hochzeiten der S-Bahnkrise waren es 180 Viertelzüge. Für eine Hauptinspektion, die alle sechs bis acht Jahre stattfindet, bleiben die Züge ca. ein bis zwei Wochen in der Werkstatt. Derzeit arbeiten dort 189 MitarbeiterInnen einschichtig.



S-Bahn-Geschäftsführer Peter Buchner (r.) erläutert Instandhaltungsmaßnahmen der Züge. Foto: Uken

Zum Status der „Fahrzeugkrise“ berichtet Herr Buchner, dass die Maßnahmen der S-Bahn auf Wunsch des Senats seit 2011 zusätzlich von einem Expertenteam auditiert werden. Der größte Teil wurde inzwischen umgesetzt.

DIE S-BAHN FÄHRT WIEDER FAST WIE BESTELLT

Aktuell sind 519 Viertelzüge im Planbetrieb, was 97,2 % des bestellten Angebotes entspricht (Messlatte: 562 Viertelzüge einschließlich BER-Anbindung). Im Februar 2013 lag die Pünktlichkeit bei 97,09 %. Damit wurde der verkehrsvertragliche Zielwert erreicht. Die fehlende S85 soll „zeitnah“ in Betrieb gehen; eine Verstärkung der S45-Behängung steht noch aus. Für die BER-Anbindung werden 15 Viertelzüge benötigt, die derzeit noch nicht verfügbar sind. Unter Projektleitung der S-Bahn wurden inzwischen auf 134 Bahnhöfen LCD- sowie auf 34 Bahnhöfen kleinere Zuganzeiger installiert (Ausnahme, baubedingt: Ostkreuz und Warschauer Straße).

Die S-Bahn hat seit der Krise 150 Mio EUR für die Entschädigung der Kundinnen und Kunden aufgewandt. Weiteren Bedarf sieht sie nicht und hält ihn auch nicht für finanzierbar.

Was den Betrieb der Fahrzeug-Baureihe 485 über 2017 hinaus angeht, so hofft man auf ein positives Signal des Eisenbahn Bundesamtes (EBA) im Frühherbst 2013. Zu der Frage, ob Veränderungen bei sich überlappenden Zuggruppen, Fahrzeuglängen und/oder Veränderungen von Fahrplananlagen im Minutenbereich geplant sind, meinte Herr Buchner, das S-Bahn-System sei schon heute „überbestimmt“, viel Spielraum bestehe nicht mehr.

Holger Kölling-Orb und Sybille Uken □

Bildung:

„Das Engagement unterstützen“

Raed Saleh und Sandra Scheeres stellen Förderprogramm für Brennpunktschulen vor

Für über 200 Berliner Schulen soll es zusätzliche Mittel geben. Gemeinsam mit Bildungssenatorin Sandra Scheeres stellte der SPD-Fraktionsvorsitzende Raed Saleh jetzt ein Programm der Berliner SPD-Fraktion zur Unterstützung von Schulen vor, die vor besonderen Belastungen stehen. Ab 2014 sollen diese Schulen zusätzliche Gelder in Höhe von jährlich bis zu 100.000 Euro erhalten. Insgesamt stehen für das Vorhaben 15 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung.

Niemand könne bestreiten, dass der Weg zum sozialen Aufstieg an Brennpunktschulen sehr steinig sei, sagte Saleh bei der Vorstellung des Programms in der Wedding-Grundschule. „Brennpunktschulen heißen Brennpunktschulen, weil es dort eine Häufung von Problemen gibt. Mit unserem Brennpunktschulprogramm erkennen wir an: An vielen Schulen in Berlin arbeiten Lehrerinnen und Lehrer teilweise bis zur Grenze ihrer Erschöpfung. Wir haben Respekt vor dieser Leistung“, so der SPD-Fraktionsvorsitzende. „Deshalb wollen wir dort helfen, wo es notwendig ist. Nicht mit



Besuch in der Wedding-Grundschule: Der SPD-Fraktionsvorsitzende Raed Saleh und Bildungssenatorin Sandra Scheeres im Gespräch mit der Schulleitung. Foto: SPD Fraktion

der Gießkanne, sondern gezielt. Mir ist dabei die Eigenständigkeit der Schulen besonders wichtig, denn vor Ort weiß man am Besten, was gebraucht wird. Wir werden das Programm für Brennpunktschulen nachhaltig und erfolgsorientiert anlegen.“

Mit dem vorgesehene Struktur- und Leistungsbonus, so Bildungssenatorin Sandra Scheeres, gebe es ein neues und flexibles Instrument für Schulen, die vor besonderen Herausforderungen stehen, um sie in ihrem Engagement zu unterstützen. Die

Schulen sollen damit in die Lage versetzt werden, die Schülerinnen und Schüler noch besser als bisher zu fördern. „Ich möchte ausdrücklich betonen: Viele der von dem Programm profitierenden Schulen erbringen hohe Leistungen bis sogar Spitzenleistungen - auch dieses Niveau kann mit den zusätzlichen Mitteln erhalten werden“, stellte Sandra Scheeres fest. „Es sind keine ‚Reparaturmittel‘ für gescheiterte Schulen, sondern zusätzliche Unterstützungsmittel, die schwierige Sozialstrukturen berücksichtigen und Leistung belohnen.“

Von dem Programm werden alle Schulen profitieren, an denen mehr als 50% der Schülerinnen und Schüler von der Zuzahlung zu den Lernmitteln befreit sind. Das sind aktuell 207 Schulen in Berlin. Die Effekte des neuen Programms sollen wissenschaftlich begleitet und evaluiert werden. Abhängig von schulspezifischen Zielvereinbarungen, die sich auf wenige quantifizierbare Indikatoren beschränken sollten, soll ab dem dritten Jahr ein Teil der Mittel für das Folgejahr in Abhängigkeit von der Erfüllung der Zielvorgaben ausgezahlt werden. **BS □**

Städteranking:

Berlin holt weiter auf

Zukunftsfähigkeit der Städte getestet: Berlin auf Platz 5

Der Erfolg der Berliner Stadtpolitik wird jetzt in einer neuen Studie bestätigt: Im Städteranking 2013 von Bergen und dem Hamburgischen WeltWirtschaftsinstitut (HWWI), in dem die Zukunftsfähigkeit der Städte im bundesweiten Vergleich untersucht wird, liegt Berlin jetzt auf Platz 5. Vor fünf Jahren 2008 war es noch Platz 24.

„Insbesondere die enge Verzahnung von Forschung, Wissenschaft mit Unternehmen und Industrie sowie die Offenheit für neue Ideen, Branchen, Geschäftsmodelle und vor allem für junge Menschen führen zum Erfolg“, so Klaus Wowerit. „Dadurch entsteht immer mehr neue, sichere Beschäftigung, und das bringt immer mehr Menschen nach Berlin. Alle wesentlichen Indikatoren belegen: Unsere Stadt wächst. Und auch darin spiegelt sich Zukunftsfähigkeit und wirtschaftlicher Erfolg.“

Eine wichtige Rolle spielt in der Studie auch die Anbindung an die anderen europäischen Metropolen. „Diese Feststellung ist eine klare Aussage hinsichtlich der Bedeutung moderner Infrastruktur, wie der Senat sie auch für Berlin plant und verwirklicht“, erklärte der Regierende Bürger-

meister. Die wenn auch stark verzögerte Fertigstellung des Flughafens BER werde letztlich für Berlin einen weiteren Schub nach vorn bedeuten. Wowerit: „Ich bin zuversichtlich, dass sich das dann auch in künftigen Rankings deutlich niederschlagen wird.“ **BS □**

Gesundheit:

„Strafbarkeitslücke schließen“

Wenn die Pharma-Industrie an Kassenärzte Geld- oder Sachwerte überreicht, liegt darin keine Straftat – selbst wenn die/der Arzt später Medikamente des Pharmaunternehmens verordnet. Diese „Strafbarkeitslücke“, so der SPD-Rechtspolitiker Sven Kohlmeier, soll jetzt geschlossen werden. Dazu soll sich das Land Berlin über den Bundesrat dafür einsetzen, dass „Zuwendungen von Pharmaunternehmen an niedergelassene Vertragsärzt/-innen als Gegenleistung für die Verordnung von Arzneimitteln dieses Unternehmens sowie deren Annahme unter Strafe gestellt werden.“ **BS □**



Girls'Day-Frühstück mit Arbeits- und Frauensensorin Dilek Kolat. Foto: Horb

Gleichstellung:

Girls'Day bei der Berliner SPD

Rund siebzig Mädchen haben in diesem Jahr am Girls'Day der Berliner SPD teilgenommen. Politikerinnen und Politiker aus Bezirk und Land gaben ihnen nach einem gemeinsamen Frühstück im Ausbildungsrestaurant ROSSI in den Osram-Höfen Einblick in ihren Arbeitsalltag. Sitzungen, Besprechungen, Vor-Ort-Termine, Büroalltag oder die Teilnahme an einer Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Integration, Berufliche Bildung und Frauen standen auf dem Programm. Nicht nur in den technischen Berufen herrsche ein Mangel an Frauen, auch in der Politik seien Frauen immer noch unterrepräsentiert, so die SPD. **BS □**

FRAKTION INTERN

Besuch von Start-up-Unternehmen.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses, Raed Saleh, hat gemeinsam mit dem Präsidenten der Berliner Industrie- und Handelskammer, Dr. Eric Schweitzer, und Finanzsenator Dr. Ulrich Nußbaum eine Unternehmenstour gemacht. Sie besuchten erfolgreiche Berliner Jung-Unternehmer aus dem IT-Bereich.

Erste Station der Tour war „GameDuell“. Mehr als 200 Team-Mitglieder aus über 20 Nationen entwickeln dort Online-Spiele. Nächster Stopp war bei „Zimory“. Der Hersteller von so genannter Cloud Management Software erläuterte das Verfahren, mit dem Daten extern gelagert werden und jederzeit auf sie zugegriffen werden kann.

Hintergrund der Tour ist, Berlin als Stadt der Existenzgründer stärker in den Fokus zu nehmen. Insbesondere im Internetbereich steigt die Zahl der neuen Unternehmen kontinuierlich. Berlin liegt derzeit mit über 60 Internet-Start-ups vor Medienhochburgen wie Hamburg, Köln oder München.

Pilotprojekt für anonyme Bewerbungen. Die Koalition hat das Pilotprojekt des Senats zu anonymisierten Bewerbungsverfahren in der Berliner Verwaltung und den Berliner Landesbetrieben begrüßt. Die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Franziska Becker sagt: „Wir sind uns einig, dass anonymisierte Bewerbungsverfahren ein professionelles Instrument der Personalauswahl sind und einen wichtigen Beitrag zur interkulturellen Öffnung der Verwaltung und der Landesbetriebe leisten sollen“. Zudem sollen durch diese Bewerbungsverfahren diskriminierungsfreie Zugänge zu Beruf und Ausbildung ermöglicht werden. Im Vordergrund steht die fachliche Qualifikation der Bewerberinnen und Bewerber und nicht persönliche Angaben.

Regierender im Untersuchungsausschuss. Der Untersuchungsausschuss zum Flughafen BER hat auf Antrag der Koalitionsfraktionen von SPD und CDU beschlossen, den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, als Zeugen der kommenden Ausschusssitzung am 24. Mai anzuhören. Der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Ole Kreins, sagt: „Wir sehen es an der Zeit, dass sich der Ausschuss seiner eigentlichen Aufklärungsaufgabe zuwendet. Bisher hat sich der Ausschuss nur mit dem Beginn des Flughafenprojektes befasst. Wirklich neue Erkenntnisse über die Standortwahl oder die Flugrouten wurden weder durch die umfangreichen Akten noch durch die Zeugenanhörungen zutage gefördert.“ **cs** □



Jusos:

„Echter Politikwechsel“

Unterstützung für Erik Gührs

Die Berliner Jusos haben sich auf ihrer Landesdelegiertenkonferenz mit dem bevorstehenden Bundestagswahlkampf befasst. Zugleich nominierten sie einmütig Erik Gührs für einen aussichtsreichen Listenplatz auf der SPD-Landesliste für die Bundestagswahlen. Erik Gührs (30) ist aktives Juso-Mitglied und der jüngste der zwölf Kandidatinnen und Kandidaten der Berliner SPD.

„Mit Erik Gührs tritt ein langjähriger und erfahrener Jusus für die SPD zur Bundestagswahl an, der klar für linke Juso-Positionen steht. Wir stehen voll und ganz hinter Erik Gührs“, so Kevin Kühnert, Vorsitzender der Jusos Berlin. Erik Gührs, Direktkandidat in Lichtenberg freute sich über die Unterstützung: „Jetzt gilt es, junge Menschen davon zu überzeugen, dass ein echter Politikwechsel nur mit der SPD möglich ist.“ In der jüngsten Vergangenheit hat er sich als Vorsitzender der SPD-Fraktion im Lichtenberger Bezirksparlament um die Sicherung der Lichtenberger Jugendclubs verdient gemacht.

In einem Leitantrag haben die Berliner Jusos die Weichen für den Wahlkampf gestellt. Einen besonderen Schwerpunkt werden sie hierbei auf die Themen Arbeit und

Frauenquote: Die Ablehnung einer festen Frauenquote für Führungspositionen in der Wirtschaft durch die schwarz-gelbe Regierungskoalition ist mit Enttäuschung aufgenommen worden. „Die Botschaft der CDU/CSU- und FDP-Fraktionen insbesondere an die jüngeren Frauen lautet: Bis hierhin und nicht weiter! Auch die bestausgebildetste Frauengeneration darf nicht an die Spitze, darf nicht verantwortungsvoll entscheiden!“, so die Bewertung der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten Mechthild Rawert (l.). Schwarz-Gelb verweigere Frauen damit Lebensperspektiven, erklärte sie. „Damit führt Schwarz-Gelb unserer Gesellschaft nachgewiesenermaßen einen volkswirtschaftlichen Schaden zu.“

Ausbildung, Gleichstellung, Migration und Integration, soziale Stadt und Kampf gegen Rechts legen. Wesentliche inhaltliche Übereinstimmungen in diesen Themenfeldern sollen nach dem Willen der 81 Delegierten die Voraussetzung für die Unterstützung von Direktkandidatinnen und -kandidaten der SPD im anstehenden Wahlkampf sein. Darüber hinaus haben sich die Berliner Jusos für einen kategorischen Ausschluss jedweder Koalition der SPD mit einer derzeit im Bund regierenden Partei ausgesprochen. **PM** □

Berlin-Paris:

Tempelhof-Schöneberg pflegt PS-Partnerschaft

Zu den Kreisen, die seit langem die Partnerschaft zwischen Paris und Berlin pflegen, gehört auch Tempelhof-Schöneberg. Im Artikel zur Parisreise (BS 7, Seite 5) ist der Kreis leider nicht genannt worden. Auch er beteiligt sich mit einer Reisegruppe am Treffen in Paris und würde sich über weitere Teilnehmerinnen und Teilnehmer freuen. Ansprechpartner im Kreis ist Dr. Michael Radeloff aus der Abteilung Friedenau. **BS** □

„Teil einer Gemeinschaft“

Als Schülerpraktikant bei den Jusos

Bei meinem Vorstellungsgespräch hatte ich noch keinen genauen Einblick ins Parteileben. Was mich positiv verwundert hat, war das Duzen der Mitglieder untereinander. Mir selbst hat es das Gefühl gegeben, Teil einer Gemeinschaft zu sein.

Ich habe die zwei Wochen des Schülerpraktikums beim Landessekretär der Jusos verbracht. Während dieser Zeit habe ich den normalen Büroalltag kennengelernt und Terminpläne und Einladungsverteiler aktualisiert. Außerdem habe ich die Eva-

luationsbögen der Juso-Verbandswerkstatt ausgewertet und die Ergebnisse den Jusos vorgestellt. Ich nahm an Terminen und Veranstaltungen teil, wie zum Beispiel einem Treffen mit den Falken oder - mein größtes Highlight - an der Landesvorstandssitzung der SPD.

Insgesamt fand ich das Praktikum sehr schön, es war eine tolle Erfahrung und hat mir sehr viel Spaß gemacht. Ich wünsche allen weiterhin viel Glück und einen erfolgreichen Wahlkampf.

Philippe Laskawy, Juso-Praktikant □

Parteiarbeit:

„Die SPD muss mit der Zeit gehen“

Partizipation in der Berliner SPD: Ein Impuls von Yannick Haan und Wolfgang Gründinger

„Wir wollen mehr Demokratie wagen. Wir werden unsere Arbeitsweise öffnen und dem kritischen Bedürfnis nach Information genüge tun.“ (Willy Brandt im Jahr 1969)

Die Gesellschaft verändert sich. Die Bindungen an Parteien und große Organisationen nimmt immer weiter ab. Mit dem Internet revolutioniert sich nicht nur die Art und Weise zu kommunizieren, sondern es eröffnen sich gewaltige Chancen für Partizipation, Offenheit und Mitgestaltung, die bislang noch immer ungenutzt sind. Dabei ist das Digitale da, wo Menschen sind. Es verändert unsere Kultur, unser Verständnis von Gesellschaft. Die analoge und die digitale Sphäre lassen sich nicht künstlich voneinander trennen. Im Gegenteil: Beide Sphären sind elementare Bestandteile ein und derselben Realität.

Wer sich innerhalb der SPD engagieren will, dem bleibt heute die Möglichkeit eines Besuches im Ortsverein, im Kreis, bei vielen Veranstaltungen der Partei oder den einzelnen Arbeitsgemeinschaften. Der Einfluss des Einzelnen ist dabei naturgemäß - wie in jeder großen Organisation - oft sehr gering. In den meisten Fällen kann man erst nach vielen Jahren des aktiven Engagements wirksam Initiativen einbringen. Gerade viele Jüngere oder hoch engagierte Menschen fühlen sich schnell frustriert und ohnmächtig. Aber auch wer unflexible Arbeitszeiten hat, häufig verreisen muss oder oft den Wohnort wechselt, sich um die Familie kümmern muss, oder beispielsweise aufgrund einer Behinderung nicht mobil genug ist, wird faktisch von einer aktiven Arbeit innerhalb der Partei oftmals ausgeschlossen. Die wenigsten jungen Menschen finden den jahrelangen Marsch durch die Institutionen interessant und setzen ihre Energie lieber in Unternehmen oder NGOs ein.

Die SPD ist ein alternde und schrumpfende Partei. Die Hälfte der Mitglieder in der SPD ist über 60 Jahre alt, der Anteil der unter 30-jährigen liegt bei unter acht Prozent. Die Zahl der Mitglieder hat sich seit 1990 fast halbiert. Die SPD muss mit der Zeit gehen - und sich radikal neuen Ideen, Strukturen und Klienteln öffnen.

I. DER DIGITALE ORTSVEREIN

Die Idee des digitalen Ortsvereins, die bereits 1995 in den Anfängen des Internets in der SPD reifte und derzeit in der Hamburger SPD neu gestartet, versucht die Struk-



Mehr Mitsprache organisieren. Foto: Horb

turen der SPD ins Internet zu übernehmen und sie durch einige neue Möglichkeiten zu erweitern. Der digitale Ortsverein könnte die normalen Aufgaben eines klassischen Ortsvereins übernehmen: wie Delegierte wählen, eine Finanzplanung vorlegen und regelmäßige Treffen organisieren. Doch der digitale Ortsverein kann und soll weitere Aufgaben übernehmen:

○ Onlinebeteiligung

Die bisherige Parteiarbeit der SPD findet zum überwiegenden Teil offline statt. Der virtuelle Ortsverein kann dagegen auch diejenigen Mitglieder einbeziehen, die keine regelmäßigen Präsenztermine im Ortsverein oder der Arbeitsgemeinschaft wahrnehmen können. Dank der Software Liquid Feedback ist es möglich, online mit vielen Menschen zusammenzuarbeiten, Initiativen zu starten, Anträge zu diskutieren und über sie abstimmen zu lassen. Wir wollen eine orts- und zeitunabhängige Mitarbeit garantieren. Neben Liquid Feedback gibt es auch andere Online-Antragssysteme, die etwas andere Eigenschaften haben: das „Wurzelwerk“ bei den Grünen, „meine-freiheit.de“ bei der FDP oder „New Democracy“ bei der FDP Bayern, die zum Teil jedoch hinter den Möglichkeiten von Liquid Feedback zurückbleiben.

○ Kampagnen

NGOs und Aktivisten, aber auch Unternehmen haben es in den letzten Jahren immer wieder geschafft, durch Kampagnen Themen zu setzen und in die Öffentlichkeit hinein zu wirken. Organisationen wie Campact oder Avaaz schaffen es innerhalb von kurzer Zeit, viele Menschen für ihre Kampagnen zu mobilisieren. Der digitale Ortsverein will selber Themen setzen und

Online-Kampagnen innerhalb und außerhalb der Partei starten. Wir glauben daran, dass unsere Partei nicht bloß den aktuellen Meinungsumfragen folgen sollte, sondern sich unabhängig von aktuellen Stimmungen für ihre Werte und Überzeugungen einsetzen muss. Durch kostenlose Online-Tools und eine gute Vernetzung kann man heute ohne große finanzielle Ressourcen Menschen mobilisieren und an die SPD binden.

○ Verschiedene Ebenen der Mitarbeit

Die SPD bietet in ihrer heutigen Form nur die Möglichkeit einer vollen oder einer Gast-Mitgliedschaft an. Doch immer weniger junge Menschen können sich vorstellen, Mitglied einer Partei (vor allem einer großen Volkspartei) zu werden. Die Einstiegshürde, sich innerhalb der SPD zu engagieren, ist für die meisten Menschen sehr hoch. Wir wollen im digitalen Ortsverein daher viele verschiedene Möglichkeiten der Mitarbeit bieten. So kann man bei einzelnen Themen, Projekten oder Kampagnen mitarbeiten, E-Mail-Aufrufe an seine Freunde schicken, eine Petition unterstützen - oder man kann am Ende eben auch Mitglied werden. Wir denken, dass wir so mehr junge Menschen an die SPD und die sozialdemokratischen Ideen binden können und, dass diese Form der Organisation die nötige Reaktion auf den strukturellen Wandel und die immer loseren Bindungen innerhalb der Gesellschaft ist.

Der digitale Ortsverein kann wie ein „normaler“ Ortsverein in einen Kreis eingegliedert werden und alle Rechte und Pflichten eines Ortsvereins erhalten. Allerdings muss garantiert werden, dass eine Mitarbeit unabhängig vom Wohnort gesichert werden kann.

II. STRUKTUREN ÖFFNEN UND MODERNISIEREN

Der digitale Ortsverein ist ein wichtiges, aber nur ein Element, wie Interessierte und Mitglieder besser in die Partei eingebunden werden können. Die bestehenden Strukturen können häufig schon durch verhältnismäßig unkomplizierte Veränderungen modernisiert werden - offline wie online.

○ offene Parteitage

Auf den Parteitag der Berliner SPD sollen alle Parteimitglieder - nicht nur die Delegierten - ein Rederecht erhalten. Zudem soll der Zutritt zum Parteitag auch Gästen ohne Parteibuch ermöglicht werden, die wir nicht vor der Tür warten lassen dürfen.

Fortsetzung Seite 8

NETZ & POLITIK

Drei Jahre hat die Enquete-Kommission „Internet und Digitale Gesellschaft“ des Deutschen Bundestags getagt. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Lars Klingbeil war dabei. „Gemeinsam mit 16 KollInnen und 17 Sachverständigen haben wir über die Entwicklung des Internets in ganz unterschiedlichen Bereichen vom Arbeitsmarkt, über die Demokratie bis hin zur Bildung geredet. Herausgekommen sind 2.000 Seiten voller Ideen“, berichtet er.

2010 begann die Arbeit, kurz zuvor hatten gerade über 130.000 Menschen eine Petition gegen Netzsperrungen unterzeichnet. Die Botschaft war bei den großen Parteien angekommen.

„Deutschland hat einiges aufzuholen auf dem Weg in die digitale Gesellschaft“, sagt Lars Klingbeil. „Besonders gefreut habe ich mich, dass die Enquete eine neue Arbeitsweise gewählt hat: Wir haben die Türen aufgemacht und die Bürgerinnen und Bürger gebeten, sich in unserer Arbeit einzubringen. Es sind viele hundert Ideen aufgenommen worden. Mir hat das gezeigt: Politik muss Beteiligung schaffen!“

Nun geht es darum, die Handlungsempfehlungen der Kommission in der kommenden Legislaturperiode umzusetzen. Der Bundestag soll dazu einen ständigen Ausschuss Netzpolitik einrichten, der die Umsetzung kontrolliert.

Unter den Empfehlungen sind einige, die der SPD besonders wichtig sind: Es darf nicht vom Geldbeutel oder der Netzaffinität der Eltern abhängen, ob Kinder Zugang zum Internet haben. Jede Schülerin und jeder Schüler soll einen Laptop oder ein Tablet zur Verfügung haben. Bildungsmaterialien müssen digitalisiert werden, die Lehrerbildung soll verbessert werden. Es gehe um die Ermutigung, sich digital auszuprobieren, sagt Klingbeil. Ein zweites wichtiges Anliegen der SPD-Bundestagsfraktion ist die Stärkung der digitalen Wirtschaft. Dazu gehören auch der Ausbau der Breitbandnetze, die gesetzliche Verankerung der Netzneutralität.

Dritter wichtiger Punkt ist die Entwicklung der digitalen Demokratie. Die Informationsfreiheit müsse ausgebaut werden, sagt Klingbeil und fordert: „Wir brauchen endlich einen Aufbruch im Bereich Open Data und wir wollen, dass die Transparenz in politischen Prozessen gestärkt wird.“ Das Internet, so Klingbeil in der Bundestagsdebatte, gehe nicht mehr weg. „Die Frage, ob es politisch gestaltet wird, entscheiden wir hier im Bundestag.“ **BS** □

➔ der Abschlussbericht der Enquete-Kommission im Internet: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/125/1712550.pdf>

Fortsetzung von Seite 7

Die Redeliste ist auf einem Bildschirm anzuzeigen, um zu garantieren, dass alle Redewünsche tatsächlich in der zeitlichen Abfolge ihrer Meldung berücksichtigt werden. Die traditionellen Reden prominenter Gäste sind so kurz zu halten, dass genug Zeit für Antragsberatungen erhalten bleibt. Die Tagesordnung des Parteitags ist von den Delegierten selbst zu sortieren, entweder vorab durch eine Umfrageplattform im Internet oder auf dem Parteitag selbst anhand eines Präferenzstimmensystems für die Antragsliste.

○ starke Arbeitskreise, Arbeitsgemeinschaften und Foren

Die namentliche Abgrenzung in Arbeitskreise, Arbeitsgemeinschaften, Foren, Kommissionen und Fachausschüsse ist verwirrend und größtenteils unnötig. Alle solche Gremien sollen eine möglichst einheitliche Bezeichnung erhalten. Zu ihrer Stärkung soll den Mitgliedern die Möglichkeit geschaffen werden, ihre Stimme für den Parteitag statt auf eine Abteilung auch auf eine Arbeitsgemeinschaft, einen Fachausschuss oder ein Forum zu delegieren. Dies kann über die Mitgliederdatenbank (Mavis) administrativ geregelt werden. Auch Nichtmitglieder sollen, wo noch nicht geschehen, vollen Zugang und Rederecht bei allen thematischen Arbeitskreisen erhalten.

○ moderne Mitgliederbegehren

Bei Mitgliederbegehren können Stimmen derzeit nur offline abgegeben werden. In Zeiten, in denen auch Bürgerpetitionen beim Deutschen Bundestag vollständig online möglich sind, entspricht diese Regel nicht mehr den Gewohnheiten vieler Menschen. Die Stimmabgabe bei Mitgliederbegehren sollte daher auch online ermöglicht werden.

○ Jugendquote

Im Landesvorstand sollen mindestens 20% der Mitglieder jünger als 35 Jahre alt sein, um die Lebenswelten jüngerer Menschen angemessen zu repräsentieren.

○ intuitive und einladende Homepage

Die Homepage der Berliner SPD ist teilweise nicht intuitiv aufgebaut, was sie für Interessierte ohne Kenntnisse der Parteistrukturen weniger durchschaubar macht. So fehlen unter dem Button „Mitmachen“ die Abteilungen und die thematischen Arbeitskreise.

Für einen Außenstehenden ist zudem nicht ersichtlich, was der Unterschied ist zwischen Arbeitsgemeinschaften, Fachausschüssen, Foren, Kommissionen und Arbeitskreisen. Diese sollten daher auf einer Seite übersichtlich aufgeführt werden statt mit einer komplizierten Unterteilung. All diese Arbeitskreise müssen zudem mit aktuellen Terminen, Dokumenten und Ansprechpartnerinnen und -partnern versehen sein, damit die inhaltliche Arbeit auch



Netzpolitik ist als Thema in der Partei angekommen. Foto: Horb

nach außen dringt, sowie einen Anmeldebutton für einen Newsletter oder eine Mailingliste erhalten.

Die programmatischen Positionen sollen stärker nach Stichworten aufgegliedert sein, zum Beispiel „Rente“, „Netzpolitik“, „Energie“, „Staatsfinanzen“ usw., jeweils mit den relevanten Auszügen aus den entsprechenden Programmen sowie den Papieren der Arbeitskreise.

Anmeldungen zu Terminen müssen zudem auch per E-Mail möglich sein; die Angabe einer Telefonnummer ist hierfür nicht ausreichend. Außerdem sind als weitere Sprachen zumindest Englisch und Türkisch anzubieten, um auch Menschen, die schlecht Deutsch sprechen, einzuladen.

○ persönliche Ansprache

Die Ansprache der Mitglieder per E-Mail ist verbesserungsbedürftig. Häufig werden vom Mitgliederservice lediglich PDFs ohne persönliche Ansprache weitergeleitet. Anstatt erst ein PDF öffnen zu müssen, sollen die Informationen in der E-Mail selbst bereits verfügbar sein; das PDF dient dabei nur noch als Anhang für den Ausdruck. Die E-Mail soll zudem einheitlich mit persönlicher Ansprache mit dem Vornamen des Empfängers oder der Empfängerin erfolgen, was technisch mit modernen E-Mail-Programmen ohne Aufwand möglich ist.

Diese Impulse werden die SPD nicht revolutionieren - aber können die ungenutzten Chancen der Beteiligung nutzen, mehr Interessierte ansprechen und Mitglieder besser aktivieren und einbeziehen, und sind mit verhältnismäßig wenig Aufwand zeitnah umzusetzen.

Die SPD steht in der Tradition einer sozialen Demokratie. Seit 150 Jahren hat sie bewiesen, sich immer wieder modernisieren und auf neue Zeiten einstellen zu können. Dafür möchten wir mit diesem Aufruf einen Beitrag leisten.

Yannick Haan und Wolfgang Gründinger □

➔ Kontakt: Yannick Haan, e-mail: yannick.haan@gmail.com;

Wolfgang Gründinger, e-mail: gruendinger@tt30.de

Griechenland:

Für eine neue Solidarität in Europa (2)

Karl-Heinz Niedermeyer: Die Folgen der Sparzwangspolitik von EU und Merkel-Regierung

Auf den ersten Blick scheinen die Maßnahmen und Methoden der Regierung Merkel zur Bearbeitung der Euro-Krise das in der Öffentlichkeit nicht nur von der Regierung selbst, sondern auch von den ihr gewogenen Medien erzeugte Bild zu bestätigen: Deutschland kommt gut durch und aus der Krise, weil es die Grundsätze guten Haushaltens einhält und die Krisenländer, die diese Grundsätze missachtet haben, werden zu Recht für ihre Fehler und Sünden bestraft und haben daher kein Anrecht darauf, dass Deutschland und andere „gut geführte“ Staaten für ihre Schulden aufkommen.

Tatsächlich profitiert Deutschland mit niedrigen Kreditzinsen davon, dass es die Krisenländer schutzlos der Peitsche der Finanzmärkte aussetzt, welche den Wert ihrer Staatsanleihen drückt und zu der Schuldenlast eine unerträgliche Zinslast hinzufügt.

Deutschland spart aber keineswegs in dem Maß, zu dem es die Krisenländer zwingt und es verdankt einen Teil seiner bescheidenen Wachstumsrate gerade dem Umstand, dass es seine Staatsschulden nicht in dem Maße abbaut, wie es die finanziellen Rahmenbedingungen zuließen.

Die stärksten Wachstumsverluste erleiden durch die vor allem von Deutschland erzwungene Austeritätspolitik zwar die Südländer Griechenland, Spanien und Portugal und in nicht ganz so starkem Maße Italien. Mit der nach innen gerichteten Kehrseite dieser Politik, dem Lohndumping, der jahrzehntelangen Stagnation der Reallöhne und der Binnennachfrage und der ausschließlich exportorientierten Steigerung der eigenen Wettbewerbsfähigkeit verschärft Deutschland die makroökonomischen Ungleichgewichte und verfehlt seine Chance, als nachfragestarke Wachstumslokomotive einen entscheidenden Beitrag dazu zu leisten, dass der gesamte Euro-Raum sich aus der Krise herausarbeiten kann.

UMVERTEILUNG ZU MEHR PREKÄRER ARBEIT

Die Stabilisierung des Arbeitsmarkts in Deutschland ist trotz der Höchststände für versicherungspflichtig Beschäftigte nicht einer Ausweitung des Arbeitsvolumens und des in der Lohnquote dokumentierten Volumens der Arbeitseinkommen geschuldet, sondern einer Umverteilung von gesicherter zu prekärer Arbeit, von guter, gut bezahlter Arbeit zu Arbeit zu Niedriglöh-



Griechisches Parlament.

Foto: (CC) Gerard McGovern

nen, von sozial abgesicherten und ein Leben in Würde ermöglichenden Arbeitsplätzen zu Minijobs, Zeitarbeit, Leiharbeit und Werkvertragsarbeit.

So bleibt auch Deutschland weiter unter seinen Möglichkeiten an Lebensqualität und hinter seinem Wachstumspotential zurück.

GRIECHENLAND ZAHLT HOHEN PREIS

Griechenland aber bezahlt diese Politik der EU und der Merkel-Regierung zwischen 2009 und 2012 mit Wachstumsverlusten von 3 - 7 % jährlich, die öffentlichen Schulden stiegen in dieser Zeit von 130 auf 160 % des Bruttosozialprodukts. Die schlimmsten Zahlen, in denen sich die Folgen der europaweiten Sparpolitik spiegeln, sind für die Menschen in Griechenland aber die Zahlen über die Entwicklung des Lohnniveaus und die Arbeitslosenzahlen.

In diesem Jahr 2013 wird, wenn die von der Troika erzwungenen Maßnahmen des Lohnabbaus und der Deregulierung der Arbeitsmärkte in vollem Umfang greifen, das durchschnittliche Lohnniveau in Griechenland um 30 % niedriger sein als Ende 2008.

Die Arbeitslosenzahlen steigen derzeit weiter über die erschreckenden Zahlen vom Ende des letzten Jahres hinaus: eine Gesamtarbeitslosigkeit, die von 25 % auf die 30-Prozentmarke zusteuert und eine Jugendarbeitslosigkeit von über 55 %.

Die zunehmende Verelendung auch von Bevölkerungsschichten, die vor der Krise ein gutes Auskommen hatten, schlägt sich nieder in der sog. „Kartoffelbewegung“, einer Organisation, die mit Mitteln der Selbsthilfe, des Tauschhandels und einer bisher nur für die Unterstützung Obdachloser entwickelten Tafel-Organisation vielen hilft, die bisher auf eigenen Beinen

standen. Massenarbeitslosigkeit und Verarmung immer größerer Teile der Bevölkerung sind Ergebnis des kumulativen Zusammenwirkens folgender durch die Memorandum-Politik erzwungener Einzelprozesse:

- der Einkommenskürzungen und der Entlassung von über 100 000 Beschäftigten im öffentlichen Dienst

- der Aushöhlung von Tarifverträgen und der Rechte von Gewerkschaften und Betriebsräten sowie massiven Einschnitten in die Arbeitslosenversicherung und soziale Grundsicherung für Langzeitarbeitslose

- massiven Einschnitten in die Systeme der Altersversorgung mit der deutlichen Senkung der Lohnersatzquote der Rente, der Aufhebung der staatlichen Garantie der Betriebsrenten, der Erhöhung des Renteneintrittsalters und der für eine auskömmliche Rente erforderlichen Zahl der Versicherungsjahre.

Mittelfristig ist die jetzt noch - vor allem wegen der relativ hohen Quote von Wohneigentümern - nicht vergleichbar vom Armutsrisiko betroffene ältere Generation aber durch die eingeleitete Abkoppelung der Alterseinkommen von den Erwerbseinkommen mit einer vergleichbaren Armutsfalle konfrontiert wie die Jugendlichen und die Menschen im erwerbsfähigen Alter. Mit der sich verfestigenden und zum Dauerzustand werdenden Massenarbeitslosigkeit sinken auch die Anwartschaften auf Alterseinkünfte.

Die Einkommens- und Kaufkraftverluste treffen natürlich auch die gegen Arbeitslosigkeit sehr viel schlechter abgesicherten kleinen und mittleren Gewerbetreibenden, die massenhaft ihre Geschäfte und Betriebe aufgeben müssen und das Heer der prekär Arbeitenden vermehren.

SCHWINDENDE PERSPEKTIVEN FÜR JUGENDLICHE

Die schwindenden Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt gefährden nicht nur die Zukunft der dynamischsten Bevölkerungsgruppen, der Jugendlichen, der technischen, wissenschaftlichen Intelligenz und der kulturell und politisch aktiven Intellektuellen, sondern die Zukunftsperspektiven des ganzen Landes. Gerade die Bevölkerungsgruppen, welche die nötigen Reformprozesse in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft tragen und voran treiben könnten, stellen den größten Anteil der zeitweisen und mehr und mehr dauerhaften Auswanderer, die ihre Zukunft in den scheinbaren

Fortsetzung Seite 10

Fortsetzung von Seite 9

Gewinnerländern der Krise wie Deutschland suchen.

Zurück bleibt eine immer größere Zahl von Krisen- und Modernisierungsverlierern, die ihr Heil im Rückgriff auf nationalstische, rassistische und reaktionäre Scheinlösungen suchen und ihre Enttäuschung an Sündenböcken wie Einwanderern und Flüchtlingen abreagieren. Der Aufstieg der offen nationalsozialistische Positionen vertretenden Gruppierung „Morgenröte“ zu einer Ernst zu nehmenden parlamentarischen Kraft ist ein Alarmzeichen.

FORCIERTE PRIVATISIERUNG ÖFFENTLICHEN EIGENTUMS

Neben Stellen- und Sozialabbau, Ausbau des Niedriglohnsektors und Deregulierung des Arbeitsmarkts, Abbau von Arbeitnehmerrechten und erworbenen Ansprüchen auf eine ausreichende Altersversorgung erzwingt die Memorandum-Politik aber zusätzlich mit einer forcierten Privatisierung öffentlichen Eigentums und öffentlicher Dienstleistungen Maßnahmen, welche die beschriebenen Fehlentwicklungen nicht nur verschärfen, sondern den griechischen

Staat auch der Mittel der Gegensteuerung berauben.

Privatisierungen der Wasserversorgung, der Energieversorgung, der Verkehrsunternehmen sind - allein schon wegen der Umstellung auf eine profitorientierte Bewirtschaftung - regelmäßig mit Entlassungen und Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten und mit Preiserhöhungen für die Bürger verbunden, die auf sie angewiesen sind. Gewinne fließen nicht mehr dem griechischen Staat zu, sondern entweder einheimischen Unternehmen, die diese Profite nicht hinreichend im Lande versteuern oder aber an Unternehmen im Ausland.

Ebenso wie die gesamte Palette der Politik des Sozialabbaus bilden die Privatisierungsmaßnahmen in Krisenländern wie Griechenland einen entscheidenden Hebel für das Finanzkapital und die ihm zuarbeitenden politischen Kräfte, die auch die Krisenpolitik der EU-Kommission, der EZB und des IWF maßgeblich bestimmen, das Kräfteverhältnis zwischen Kapital, Arbeit und öffentlicher Hand auch in „starken“ Ländern wie Deutschland im Sinne des neoliberalen Finanzkapitalismus zu verändern.

Diese Problematik erfordert keine technischen, sondern politische Antworten.

Gerade die deutsche Sozialdemokratie ist gefordert, die verfehlte Politik der Privatisierung öffentlicher Güter wie der Wasserversorgung ebenso wie das Zulassen von Arbeitseinkommen, von denen man nicht leben kann, nicht nur im eigenen Land rückgängig zu machen, sondern zu verhindern, dass diese gute Politik im Inland nicht durch eine gegenteilige Politik in Griechenland, Spanien, Portugal und Italien konterkariert wird, die den Menschen in diesen Ländern unter dem Vorwand, den eigenen Wohlstand zu sichern, von einer deutschen Regierung aufgezwungen wird.

WAS FÜR UNS GILT, MUSS AUCH IN GRIECHENLAND GELTEN

Die SPD als kommende Regierungspartei muss auch im Wahlkampf deutlich machen, dass sie eine schizophrene Politik, die in Deutschland Mindestlöhne und Rückführung von Versorgungssystemen in öffentliche Trägerschaft befürwortet und zugleich Lohndumping und Privatisierung in Griechenland und anderen Krisenländern erzwingt, weder selbst verfolgen noch zulassen wird.

Nächste Ausgabe: Die politischen Folgen der Memorandumspolitik

Rassismus-Rüge:

„Umfassender gegen Rassismus vorgehen“

Nahles: Fördermittel verstetigen - AG Migration sieht sich im Fall Sarrazin bestätigt

Die Rüge des Anti-Rassismus-Ausschusses der Vereinten Nationen gegenüber der Bundesrepublik Deutschland hat SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles zum Anlass genommen, die Bundesregierung zum Handeln aufzufordern. „Rassismus und Fremdenfeindlichkeit dürfen keinen Raum haben in unserer freien, demokratischen Gesellschaft“, sagte sie.

„Nicht zuletzt die Aufdeckung der NSU-Mordserie und die eklatanten Versäumnisse staatlicher Stellen in diesem Zusammenhang haben deutlich vor Augen geführt, wie notwendig es ist, noch wachsender und umfassender gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit vorzugehen“, so Andrea Nahles. „Wir als SPD wollen mit einem integrierten Konzept gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus die Kräfte der Zivilgesellschaft, der Ermittlungsbehörden und der Politik in Kommunen, Land und Bund bündeln. Für uns ist der Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus eine gesamtgesellschaftliche Daueraufgabe – des Bundes, der Länder, der Kommunen wie der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft.“

Notwendig sei es, für die wichtigen Projekte die Anschlussförderungen zu sichern

und gemeinsam mit der Zivilgesellschaft im Rahmen eines abgestimmten Aktionsplans ein neues Förderkonzept zu erarbeiten und umzusetzen.

„Ziel muss es sein, die Kurzatmigkeit der Hilfen zu beenden und stattdessen Projekte, Initiativen sowie Strukturen auf einer eigenen gesetzlichen Grundlage unbürokratisch, langfristig und auskömmlich zu fördern“, so die SPD-Generalsekretärin. „Auf Bundesebene wollen wir eine unabhängige Monitoringstelle einrichten, die die zivilgesellschaftlichen Aufklärungs- und Präventionsprojekte bündelt und den Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sowie die Opferbetreuung aktiv begleitet. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sind ernste Herausforderungen für unsere Gesellschaft. Sie gehören deshalb noch stärker in den Fokus der öffentlichen und politischen Debatte.“

AG MIGRATION & VIELFALT: FEHLENDER DISKURS IM UMGANG MIT SARRAZIN

Gerügt hatte der UN-Ausschuss, der die Einhaltung der Antirassismus-Konvention überwacht, Versäumnisse im Umgang mit rassistischen Äußerungen von Thilo Sarrazin. Die Entscheidung des UN-Ausschusses

geht auf eine Beschwerde des Türkischen Bundes Berlin-Brandenburg (TBB) zurück, der wie mehrere Einzelpersonen nach Erscheinen eines Interviews in der Zeitschrift Lettre International erfolglos Strafanzeige wegen Volksverhetzung gestellt hatte. Das fehlende Ermittlungsverfahren stelle eine Verletzung der UN-Antirassismus-Konvention dar. Der Ausschuss stelle damit fest, „was uns schon lange bewusst ist“, so der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt, Aziz Bozkurt. „Die Äußerungen Thilo Sarrazins waren keine harmlosen Beiträge im Integrationsdiskurs, sondern ein brandgefährlicher Ausdruck eines Gefühls der rassistischen Überlegenheit und des Rassenhasses. Die Rüge an Deutschland ist eine Anklage an den fehlenden Diskurs in unserer Gesellschaft. Zu Recht.“

Für eine Reaktion steht Deutschland eine Frist von 90 Tagen zur Verfügung. Aziz Bozkurt: „Nun sind wir gefordert gesetzliche Regelungen und auch die richterliche Praxis beim Thema Rassismus auf den Prüfstand zu stellen. Wir werden im Auge behalten, ob und was innerhalb der 90 Tage passiert.“ SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles forderte die Bundesregierung auf, bestehende Defizite jetzt zügig anzupacken. **BS** □

Integration:

Anerkennung der Vielfaltigkeit

Daniela Kaya analysiert die Integrationsdebatte und gibt neue Impulse

Manchmal werden Bücher zur Integrationspolitik Bestseller. Dann ist das Thema über einige Wochen in allen Nachrichten und Kommentaren, es erregt die Nutzer von Facebook und Twitter. Der Diskussionsbedarf wird deutlich, Vorurteile und Fehleinschätzungen zeigen sich. Meist verebbt die öffentliche Diskussion aber genauso rasch wieder.

Daniela Kaya's Buch „Deutschland neu erfinden“, gemeinsam herausgegeben von der Parlamentarischen Linken in der SPD-Bundestagsfraktion und der SPD Berlin, möchte die Diskussion etwas dauerhafter bestimmen. Es geht um „Impulse für die Neuausrichtung sozialdemokratischer Integrationspolitik“.

In ihrer Analyse setzt sich die Autorin mit Mustern und Verlauf bisheriger integrationspolitischer Debatten auseinander und bescheinigt auch der SPD, mit unterschiedlichen und sich zum Teil widersprechenden Botschaften anzutreten. Unterbrochen wird ihr Text von einigen Kommentaren, Einschätzungen und Standpunkten aus der Zivilgesellschaft.

Nachlesenswert ist u.a. der Beitrag von Stephan Kramer, Generalsekretär des Zentralrats der Juden, der in seinem Plädoyer für ein multikulturelles Deutschland mit einem Blick in die deutsche Geschichte auch die Schwierigkeiten erklärt und feststellt: „So entstand in der Nachkriegszeit ein Gemisch aus politischer Scheu vor der Frage ‚Was ist deutsch?‘ auf der einen und einem im Bürgerbewusstsein anhaltenden, ethnozentrischen Selbstbildnis auf der anderen Seite. Ein Gemisch, das die deutsche Gesellschaft kaum befähigte, mit der demografischen Umwälzung fertig zu werden, die mit der Anwerbung der damals so-



Daniela Kaya,
„Deutschland neu erfinden“, rotation,
2013, ISBN- 978-
3942972147, EUR
12,90

genannten Gastarbeiter in den sechziger Jahren ein- und sich mit zahlreichen Migrationsbewegungen fortsetzte. Heute entsprechen mehrere Millionen Menschen in Deutschland nicht dem alten Bild eines Deutschen.“

Das wird sich auch nicht mehr ändern. Eine sich vom sozialen Abstieg bedroht fühlende Mittelschicht reagiert darauf mit Ab- und Ausgrenzung, so Daniela Kaya's Bewertung. „Deutschland neu erfinden“, ein Buchtitel, der beim ersten Lesen nicht gerade bescheiden wirkt, erklärt sich daraus. Teilhabe, gegenseitige Achtung und Anerkennung, Aufstiegsmöglichkeiten unabhängig von sozialen Verhältnissen - all das muss die gesamte Gesellschaft erfassen. Wird es verwirklicht, dann wird sich Deutschland verändert haben. Es wird ein wärmeres Land mit einem neuen Wir-Gefühl sein.

Dazu müssen Barrieren und Denkmuster überwunden werden, die Daniela Kaya in ihrem Buch beschreibt. Eine wesentliche Grundlage auf dem Weg zu einer faktischen Gleichstellung ist für sie eine neue Anerkennungskultur, die Anerkennung von Verschiedenheit und Vielfaltigkeit. Die

SPD sollte „eine Großzählung anbieten, die Zutrauen und Mut in die Einwanderungsgesellschaft sowie Identifikationsräume für Ein- und Mehrfachzugehörigkeiten schafft“. Abgrenzungsmechanismen, die Einzelne oder Gruppen ausschließen oder Hierarchisierungen von Kulturen gilt es, gemeinsam zu überwinden.

Was im ersten Teil des Buches theoretisch hergeleitet wird, unterfüttert der zweite Teil mit einigen praktischen Handlungsanleitungen. So ist etwa die Abschaffung der Optionspflicht, die in Deutschland geborene junge Erwachsene im Alter von 23 Jahren zur Entscheidung zwischen der deutschen und einer ausländischen Staatsbürgerschaft zwingt, ein Vorschlag, der sich nun auch im SPD-Regierungsprogramm wiederfindet. Die rationalen und faktenbasierten Gründe dafür dürften allerdings nicht ausreichen, um auch die irrationalen Ängste auszuräumen. Deshalb sieht Daniela Kaya hier die Notwendigkeit, die Debatte so zu führen, dass „Köpfe und Herzen“ erreicht werden.

Zu den praktischen Vorschlägen gehört auch eine Gleichstellungspolitik, die sich „Positiver Maßnahmen“ bedient, die sich also etwa mit gezielter Ansprache darum bemüht, mehr Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst einzustellen, oder eine Reform, um die Antidiskriminierungsstelle des Bundes mit mehr Rechten auszustatten. Beispiele aus verschiedenen Ländern beleuchten die unterschiedliche institutionelle Förderung von Migrantenorganisationen und die Auswirkung auf die Integrationsarbeit.

Es geht um die Einlösung des Aufstiegsversprechens der SPD, wie der Berliner Fraktionsvorsitzende Raed Saleh in einem Interview deutlich macht. **uh □**

„Politik für den gesamten Lebensverlauf“

Peter Ruhenstroth-Bauer fordert den Neustart für die Familienpolitik

Familienpolitik ist ihm schon lange ein Anliegen. Von 2002 bis 2005 war Peter Ruhenstroth-Bauer Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) von Renate Schmidt, von 2007 bis 2011 leitete er ehrenamtlich den Berliner Beirat für Familienfragen. Jetzt meldet er sich mit einer Streitschrift zurück und fordert einen Neustart in der Familienpolitik.

Mit der schwarz-gelben Familienpolitik und der zuständigen Ministerin mag er sich gar nicht mehr auseinandersetzen, die



Peter Ruhenstroth-Bauer
FAMILIE: Neustart für die
Familienpolitik
116 Seiten
12 x 18 cm
Preis 10,00 EUR
ISBN 978-3-86602-695-7,
E-Book: 4,99 EUR

vergangenen vier Jahre sieht er als „verlorene Jahre“. Familienpolitik müsse den gesamten Lebensverlauf im Blick haben, sich

nicht auf die Familiengründungsphase reduzieren. Die organisierte Zivilgesellschaft ist für ihn Träger der Familienpolitik. Familie sieht er als „Netz des Zusammenlebens, des Füreinander-Einstehens“. Ruhenstroth-Bauer fordert, die Sozialpartner als gleichberechtigte, starke Partner in der Familienpolitik anzuerkennen, eine konsequente Gleichstellungspolitik zu verfolgen und die Wirkung aller familienpolitischen Leistungen ehrlich zu evaluieren. Neue Arbeitszeitmodelle können dafür sorgen, dass die Vereinbarkeit von Beruf, Pflege oder Familie besser gelingt. **uh □**



Frank-Axel Dietrich bei der Stolperstein-Verlegung.



Wahlkreiskandidatin Ülker Radziwill.

Stolpersteine:

Erinnerung vor Ort

SPD Wilmersdorf-Nord würdigte Hilde Ephraim

Ein Stolperstein, für den die SPD Wilmersdorf-Nord die Patenschaft übernommen hat, erinnert jetzt in der Bayerischen Straße 20 an Hilde Ephraim. Die Sozialistin jüdischer Herkunft, die gegen die Nazis Widerstand leistete, hatte dort ihren letzten Wohnsitz.

Hausbewohner von heute, Kinder aus der Katholischen Grundschule St. Ludwig und SPD-Mitglieder gedachten der von den Nazis ermordeten Widerstandskämpferin, die den Untergrundkampf der SAP, einer Linksabspaltung der SPD, der damals auch Willy Brandt angehörte, unterstützt hatte. Nach dem Ende einer Haftstrafe wurde Hilde Ephraim im Rahmen der Euthanasieaktion T 4 nach Hartheim bei Linz verschleppt und dort am 20.9.1940 im Alter von nur 35 Jahren ermordet.

Ülker Radziwill (MdB), SPD-Kandidatin für den Bundestagswahlkreis Charlottenburg-Wilmersdorf, schlug in einer kurzen Ansprache den Bogen zum Widerstand von heute. Sie rief zum Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit auf. „Das Gedenken an die Opfer von gestern muss uns heute mahnen, gerade jetzt Widerstand gegen Fremdenhass zu leisten.“

Der Vorsitzende der SPD-Wilmersdorf-Nord Frank-Axel Dietrich erinnerte daran, dass sich Sozialdemokraten gerade in diesem Bezirk besonders für ein ehrendes Ge-

denken der Verfolgten engagieren. „Ein Blinken im Bürgersteig - man bleibt stehen, bückt sich, liest einen oder mehrere Namen, die Geburts- und Todesdaten einer Frau, eines Mannes oder Kindes“, so Frank-Axel Dietrich. „Man hält inne, für einige Augenblicke spürt man ein Entsetzen, bis der Verstand es erfasst: Aus diesem Haus sind Bewohner während der Nazizeit verschleppt worden. Hier liest man keine anonymen Zahlen, hier wird an individuelle Schicksale erinnert. Die meisten wurden in Konzentrationslagern ermordet. Diese Erinnerung an das Grauen des deutschen Faschismus und den Schwur von Buchenwald „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus“ vor Ort wachzuhalten ist einer der politischen Schwerpunkte der SPD in Wilmersdorf Nord.“ Erinnerungsarbeit vor Ort wird durch Spaziergänge zu Orten der Verfolgung und des Widerstandes im Stadtteil unterstützt, durch die Gedenktafelinitiative Duisburger Straße und durch das jährliche Stolpersteinputzen um den 8.Mai, das es auch in diesem Jahr geben wird.

Allein am 9. April wurden in der näheren Umgebung 27 weitere Stolpersteine an 9 weiteren Orten verlegt. Frank-Axel Dietrich: „Überall haben sich Menschen mit dem Schicksal der Opfer beschäftigt. Eine große Mahn- und Erinnerungsinitiative ist entstanden.“ **PM** □

SPD: Kohlenhandlung erhalten

Die SPD Tempelhof-Schöneberg sieht den Erhalt der Kohlenhandlung von Anedore und Julius Leber als historische Verpflichtung.

Die Kreisdelegierten beschlossen am 20. April einstimmig, den Ort „als lebendigen Erinnerungs- und Lernort des zivilen Widerstandes und des Aufbau der demokratischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nach 1945“ zu erhalten. „Die Kohlenhandlung, ein wichtiger Ort des Wider-

standes gegen den Nationalsozialismus, soll als Ort Raum geben, sich mit dem zivilen Widerstand zu beschäftigen und aktuelles bürgerschaftliches Handeln mit Zivilcourage und gegen populistische und rechtsextreme Entwicklungen zu bestärken und zu unterstützen“, so der Beschluss. Die SPD werde sich für eine gesicherte Finanzierung des Erhalts und der Nutzung der Kohlenhandlung einsetzen und unterstütze bürgerschaftliches Engagement.

Marzahn-Hellersdorf:

Festakt und Broschüre zum SPD-Geburtstag

Mit einem Festakt im Kulturforum Hellersdorf in der Carola-Neher-Straße 1 (12619 Berlin) feiert die SPD Marzahn-Hellersdorf am heutigen Sonnabend das 150jährige Bestehen der SPD.

Als Redner werden Stephan Hilsberg, 1989 erster Sprecher der SDP, und Prof. Dr. Richard Schröder, zur Wendezeit Fraktionsvorsitzender der SDP/SPD in der Volkskammer, anwesend sein. Zugleich wird die Ausstellung zum 150. Geburtstag der SPD im Kulturforum Hellersdorf zu sehen sein. Anschließend wird die Ausstellung im Rathaus Marzahn, Helene-Weigel-Platz, für 14 Tage der Öffentlichkeit präsentiert

Aus Anlass der 150-Jahr-Feier gibt die SPD Marzahn-Hellersdorf eine umfangreiche Dokumentation zur Geschichte der SPD in den Dörfern Mahlsdorf, Kaulsdorf, Biesdorf, Hellersdorf, Marzahn heraus. Nach einem historischen Abriss der Geschichte bis zum Fall der Mauer nehmen die persönlichen Erlebnisse und Erfahrungen der Gründer der SDP 1989/1990 besonderen Raum in dieser Broschüre ein. **PM** □

Die Broschüre kann bezogen werden vom Kreisbüro der SPD Marzahn-Hellersdorf, BLUMBERGER DAMM 158 | 12679 Berlin, Mail enrico.stoelzel@spd.de, fon 030 99401015 | fax 030 99401016

Berlin:

Termine zum SPD-Geburtstag

Dienstag, 30. April 2012, 20 Uhr (Einlass 19 Uhr) Theater-Uraufführung „Lassalle“ von Felix Huby und Hartwin Cromes, Renaissance-Theater, Knesebeckstr. 100 (Ecke Hardenbergstr.). Eintritt: 15,00 Euro (inkl. 1 Freigetränk Sekt, Saft oder Wasser beim anschl. Empfang im Theater-Foyer)

Dienstag, 30. April 2013, Veranstalter: SPD Mitte, Abt. 13. Beim „Tanz in den Mai“ Videoprojektion mit Bildern aus Helga Brökers Pressearchiv: Eindrücke von über 30 Jahren Parteiarbeit im Wedding. Alte Kantine Wedding, Uferhallen, Uferstr. 8-11, Beginn 20 Uhr.

Dienstag, 14. Mai 2013, um 18 Uhr. 10. Abteilung SPD Schillerpark, 150 Jahre SPD: Rundgang durch die Bruno-Taut-Siedlung der „Bau- und Wohnungsgenossenschaft 1892“ zum Thema „Genossenschaftliches Wohnen als Antwort auf die soziale Frage im Spiegel der Zeit“. Fachkundige Referenten sind Horst Renner und Manfred Danat. Treffpunkt Barfuß- Ecke Bristolstraße.

➡ weitere Termine und Veranstaltungen zur 150-Jahr-Feier in Berlin unter www.spd-berlin.de/150termine

August Bebel Institut:

Mit dem Bus durch die Geschichte

Rundfahrt zu Stätten der Berliner Arbeiterbewegung

Zwei Bustouren, die das August Bebel Institut im Mai und Juni anbietet, geben Einblicke in die Geschichte der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung in Berlin. Die Fahrten vermitteln nicht nur Fakten, sondern ermöglichen auch einen Blick ins Innere manches historischen Ortes.

Während der Weimarer Republik verlegten viele Hauptvorstände der Freien Gewerkschaften ihren Sitz nach Berlin. Mitgliederstarke Verbände errichteten in der Regierungshauptstadt Neubauten, in deren Stil sich sowohl das Selbstbild als auch das Selbstbewusstsein der modernen Arbeiter/innen-Bewegung widerspiegelte. Architekten der Avantgarde wie Max Taut und Erich Mendelsohn hinterließen ihre Spuren im Stadtbild.

„Am 31. Mai kann unsere Gruppe auf jeden Fall das Metallarbeiter-Haus in der Alte Jakobstraße und auch das Buchdrucker-Haus in der Dudenstraße von innen besichtigen“, sagt Marion Goers. Die Diplom-Politologin hat am Historischen Stadtführer über die Stätten der Arbeiterbewegung in Berlin mitgearbeitet (Ch. Links Verlag, ISBN: 978-3-86153-691-8, 14,90 EUR) und begleitet die beiden von vorbereiteten Touren. Auch ein Blick ins ehemalige ADGB-Haus in der Inselstraße / Wallstraße mit der „Arbeiter-Bank“ auf der Rückseite wird möglich sein. Am Engeldamm können die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mehr über die ehemalige „Rote Engelburg“ von 1900 erfahren. „Vorbeikommen werden wir am Engeldamm auch am Haus des ‚Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs‘, einer Vorläuferorganisation von Verdi, und Am Köllnischen Park am Haus des Deutschen Holzarbeiterverbandes“, so Marion Goers.

Mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler vor 80 Jahren begann in Deutschland die systematische Zerstörung auch der politischen Kräfte, die nicht der nationalsozialistischen Ideologie entsprachen. Besonders das linke politische Lager wurde von Terror und Brutalität stark getroffen. Doch es war auch die politische Linke, in der sich früh Widerstand gegen die NS-Diktatur formierte. Beispielhaft steht hierfür die sozialdemokratische Arbeiter/innen-Bewegung. Widerstand und Verfolgung ruft die zweite Bustour in Erinnerung, die am Sonnabend, dem 15. Juni stattfindet.

Eine rund halbstündige Führung durch die Gedenkstätte Papestraße steht dabei am Beginn. „Als weiterer, wenn auch nicht mehr vorhandener Ort der Verfolgung ist



Haus der Buchdrucker in der Dudenstraße.



IG Metall-Haus in der Lindenstraße.

ein Stopp am Tempelhofer Feld vorgesehen, wo es inzwischen am ehemaligen Standort des Konzentrationslagers Columbia eine Infotafel gibt“, sagt Marion Goers.

Gedenktage der Berliner SPD

26.4.1988 - vor 25 Jahren: Erwin Beck in Berlin gestorben (*Berlin 17.4.1911). Widerstandskämpfer, Stadtrat für Jugend in Kreuzberg, Ehrenvorsitzender der SPD-Kreuzberg, Präsident der Internationalen Liga für Menschenrechte, Sektion Berlin

28.4. 1903 - vor 110 Jahren: Fritz Meyke geboren, Schlosser, 1967-1971 BVV-Vorsteher in Spandau, 1971 Stadtältester von Bln.

1.5.1978 - vor 35 Jahren: Adolf Dünnebacke verstorben, BzBm v. Bln.-Reinickendorf a.D., Stadtältester von Bln. Grabstätte: Städt. Frdh. Tegel, Am Nordgraben, Wilhelm-Blume-Allee 3, Abt. I, Reihe 1 a, Nr. 1a (Abt. J R 1Nr.6)

2.5.1933 - vor 80 Jahren: Überfall der SA auf Gewerkschaftshäuser und Verbot der freien Gewerkschaften

4.5.1938 - vor 75 Jahren: Carl von Ossietzky (*3.10.1889; „Die Weltbühne“, Friedensnobelpreisträger) stirbt in Berlin an den Folgen der erlittenen KZ-Haft. Grabstätte Städt. Friedhof Pankow IV, Buchholzer Straße 6-8, A 1-35

5.5.1818 - vor 195 Jahren: Karl Marx in Trier geboren (gest. London 14.3.1883). Philosoph, politischer Journalist, Kritiker der bürgerlichen Gesellschaft und der klassischen Nationalökonomie, Verfasser u.a. des „Kommunistischen Manifests“

9.5.1878 - vor 135 Jahren: Wilhelm Ahrens geboren. Stadtrat, Verleger (Westkreuz-Verlag), Stadtältester, Grabstätte: Städt. Friedhof Heerstrasse, Trakehner Allee 1, II W 12, Nr. 23

10.5.1933 - vor 80 Jahren: NS-Bücherverbrennung auf dem heutigen Bebelplatz



Gedenkstätte Papestraße. Fotos: Marion Goers

In der „Gartenstadt Neu-Tempelhof“ hält der Bus vor dem ehemaligen Wohnhaus von Hildegard Wegscheider, die bis 1934 am Adolf-Scheidt-Platz wohnte. Sie war vor 1933 preußische Landtagsabgeordnete und engagierte Bildungspolitikerin und half nach 1933 u.a. „untergetauchten“ Juden, zu überleben.

In Kreuzberg (ehemals 61) wird das Wohnhaus eines Mitgliedes der letzten, bis 1936 bestehenden illegalen Berliner SPD-Bezirksleitung angefahren. Als „Ort“ des Widerstands ist auch die „Neue Welt“ an der Hasenheide eine Station, wo die Feste der „Berliner Liederfreunde 1879“ stattfanden.

„In der Neuköllner Sonnenallee steht das ehemalige Tabakwarengeschäft von Hermann Harnisch auf dem Programm. Er war vor 1933 Mitglied des Preußischen Landtags und Gewerkschaftssekretär des Deutschen Holzarbeiterverbandes Berlin“, sagt Marion Goers. „In Neukölln halten wir am ehemaligen Wohnhaus von Franz Künstler, bis 1933 Vorsitzender der SPD Berlin. Schließlich suchen wir in Kreuzberg (ehemals 36) noch die Eisenbahnstraße auf, wo Wilhelm Leuschner nach 1933 eine Firma für Apparatebau und Leichtmetallveredelung betrieb.“

PM/BS □

➡ Freitag, 31. Mai, 16-20 Uhr, Gewerkschaften in der Weimarer Republik. Eine Bustour zu historischen Gewerkschaftshäusern. Leitung: Marion Goers, Politikwissenschaftlerin. Beitrag 8 €, Anmeldung bis 22. Mai [U85]

➡ Sonnabend, 15. Juni, 11-15 Uhr, Widerstand und Verfolgung der Arbeiter/innen-Bewegung 1933-1945. Eine Bustour durch den Berliner Süden. Leitung: Marion Goers, Politikwissenschaftlerin. Beitrag 8 €, Anmeldung bis 8. Juni [U84]

➡ Anmeldungen beim August Bebel Institut, Tel. (030) 4692-121 / -122, Fax (030) 4692-124, Internet: www.august-bebel-institut.de, Mail: kontakt@august-bebel-institut.de

Mit Rat und konstruktiver Kritik

Erinnerung an Peter Malik

Unser Genosse und Schriftführer Peter Malik, geb. 17.12.1944, starb für uns unerwartet am 26. März 2013. Noch am 13. März bei unserer turnusmäßigen Zusammenkunft war er unter uns.

Wer nach dem Bau der Berliner Mauer als Achtzehnjähriger im Februar 1963 in die Kreuzberger SPD eintrat, musste den festen Glauben daran haben, dass die westliche Teilstadt überleben wird. Dieser Überlebenswille wurde in der Person des Kreisvorsitzender Franz Meyer, dem „Löwen von Kreuzberg“, verkörpert. In diesem Rahmen wurde der gelernte Maler und Jungsozialist Peter Malik politisiert. Als Handwerker schloss er sich mit gewerkschaftlich organisierten Jungsozialisten zur Gruppe um die Zeitung „Das Auge“ zusammen und bildete das Gegengewicht zu den studenti-

schen Intelligenzlern um den Kreuzberger Infodienst.

In der Kreuzberger Bezirksverordnetenversammlung, der er von 1971 bis 1979 angehörte, entwickelte er als Mitglied der Ausschüsse Haushalt und Rechnungsprüfung seinen unbestechlichen Blick für Zahlen. So konnte er sich z.B. den Erfolg auf die Fahne schreiben, dass das Urban-Krankenhaus exakt für die veranschlagten Kosten von 75 Millionen DM gebaut und in Betrieb genommen wurde.

Außerdem engagierte sich Peter stark in der Kreuzberger AWO und war als Revisor tätig. In dieser Funktion hat er durch das Aufdecken einer Unregelmäßigkeit, den berühmten Griff in die Kasse, großen finanziellen Schaden von der AWO abgewendet.

Als 1978 der „Verein zur Erforschung und Darstellung der Geschichte Kreuzbergs e.V.“ mit Günter König und Walter Momper gegründet wurde, zählte Peter Malik zu den Gründungsmitgliedern und wurde der Schatzmeister. Das Bezirksmuseum Kreuzberg schreibt u.a. dazu: „Viele Ausstellungen, Veranstaltungen und Veröffentlichungen wären ohne sein uneigennütziges und verbindliches Wirken nicht möglich gewesen.“

Auch wir in unserer AG 60 plus haben von seinem reichhaltigen Wissen über Kreuzberg profitiert und erinnern uns u.a. gern an seinen mit seiner Frau Marianne erst kürzlich gehaltenen Lichtbildervortrag über eine Baltikumreise.

Seine kritischen Beiträge zu vielen Themen hatten Hand und Fuß. Er wurde von uns sehr geschätzt, und wir haben mit ihm einen wertvollen Mitspieler verloren. Wir werden sein Andenken ehren.

Hannelore Rath-Kohl □

**Aus Datenschutzgründen
nicht in der
Internetversion enthalten**

T TERMINE

- 27.04.2013, 10 - 12 Uhr, **Arbeitslosenfrühstück der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen Neukölln**, für Arbeitslose und Arbeitssuchende, auf Wunsch mit Beratung, im neuen SPD-Kiezbüro, Hermannstr. 208 Ecke Briesestr. in 12049 Berlin-Neukölln
- 27.04.2013, 15:00 - 18:00, **Festakt 150 Jahre der SPD Marzahn-Hellersdorf**, Kulturforum Hellersdorf, Carola-Neher-Str. 1, 12619 Berlin (s. S. 12)
- 30.04.2013, 19:00, SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Dahlem, **Tanz in den Mai in Dahlem**, Friedenszentrum Dahlem, Pacelliallee 61, 14195 Berlin
- 30.04.2013, 10:00 - 15:00, Clara West, Mda - Pankow, **Seniorengerechte Entwicklung des Gebietes rund um die Greifswalder Straße - Dialog-Stand**, Wochenmarkt Greifswalder Straße Ecke Thomas-Mann-Straße, 10409 Berlin
- 30.04.2013, 14:00 - 18:00, AG 6oplus Berlin, **Landesdelegiertenkonferenz**, Rathaus Wilmersdorf, BVV-Saal 1138, 3. OG Aufzug, Fehrbelliner Platz 4, 10707 Berlin
- 30.04.2013, 20:00, SPD Mitte, **Tanz in den Mai in Mitte**, Alte Kantine Wedding, Uferhallen, Uferstraße 8-11, 13357 Berlin. Mit dem Landesvorsitzenden Jan Stöß, der Bundestagsabgeordneten Dr. Eva Högl. Es gibt ein kleines Buffet, Musik vom Live DJ, Eintritt 5 €.
- 30.04.2013, 20:30, SPD **Pankow-Süd, Rock in den Mai**, KulturKantine, Saarbrücker Straße 24, 10405 Berlin. Eintritt 5 € - dafür gibt es ein Freigeränk.
- 30.04.2013, 20:00, SPD Charlottenburg-Wilmersdorf, **Uraufführung des Theaterstücks „Ferdinand Lassalle“**, Renaissance-Theater, (siehe BS vom 23. März)
- 01.05.2013, 14:00 - 17:00, SPD **Treptow-Köpenick, SPD Maifest**, Treptower Park zwischen Zenner und Rosengarten, Puschkinallee 16-17, 12435 Berlin. Mit der Juhle-Manger-Band, Polittalk mit Dilek Kolat, Matthias Schmidt, Oliver Igel moderiert von Dunja Wolff, Kinderangeboten, Speis & Trank.
- 01.05.2013, 14:00 - 17:30, SPD Marzahn-Hel-

lersdorf + AWO **Marzahn-Hellersdorf, Maifest**, Nachbarschaftszentrum der AWO, Kastanienallee 53, 12627 Berlin

■ 01.05.2013, 13:00 - 18:00, SPD Pankow, **Maifest im Bürgerpark**, Wilhelm-Kuhr-Straße, 13156 Berlin. Zu Gast sind Senatorin Sandra Scheeres, Abgeordnetenhauspräsident Ralf Wieland und der Pankower Bundestagskandidaten Klaus Mindrup

■ 01.05.2013, 14:00 - 18:00, SPD Pankow, **Maifest im Schloßpark Buch**, 13125 Berlin. Zu Gast sind Abgeordnetenhauspräsident Ralf Wieland und der Pankower Bundestagskandidaten Klaus Mindrup.

■ 01.05.2013, 14:00 - 18:00, **SPD Pankow, Volks- und Kinderfest**, Werneuchener Wiese, Kniprodestraße Ecke Virchowstraße, 10249 Berlin

■ 02.05.2013, 16:00 - 17:00, **Sprechstunde Bruni Wildenhein-Lauterbach, Mda Mitte**, Seniorenfreizeitstätte, Barfussstraße 24, 13349 Berlin

■ 02.05.2013, 17:00 Uhr, AG Migration und Vielfalt Steglitz-Zehlendorf, **„Zuwanderung und Vielfalt in Lichterfelde“** - Plenum des Netzwerks Integration Südwest (NIS) beim Deutschen Roten Kreuz (DRK) Berlin Süd-West, Haus der Familie, Düppelstraße 36, 12163 Berlin-Steglitz

■ 02.05.2013, 17:00 - 18:00, **Bürgersprechstunde von Frank Jahnke, Mda**, SPD-Wahlkreisbüro, Goethestraße 15, 10625 Berlin

■ 03.05.2013, 18:00 - 21:00, SPD Berlin - Forum Sport, **Sportpolitischer Empfang**, Max-Schmeling-Halle, Falkplatz 1, 10437 Berlin, Anmeldung erbeten bis zum 29.04.2013 im Internet: <http://www.spd-berlin.de/sportempfang>

■ 04.05.2013, 10:00-12:00, SPD Neukölln, Abteilung Rixdorf, **Frühstück und Informationen für Arbeitslose**, mit Kirsten Flesch und Ralf Wieland, Präsident des Abgeordnetenhaus, Kiosk am Reuterplatz, Reuter-/Ecke Weserstr.

■ 04.05.2013, 12:00, AG Migration und Vielfalt - Steglitz-Zehlendorf, **Besuch der Ausstellung „Zerstörte Vielfalt. Berlin 1933 – 1938 – 1945“**, Deutsches Historisches Museum, Unter den Linden 2, 10117 Berlin. Anmeldungen an GuentherSchulzeBerlin@gmx.de

■ 06.05.2013, 15:00 - 18:00, **Sven Schulz, MdB - Spandau, Sprechstunde**, SPD Kreisbüro, Bismarckstraße 61, 13585 Berlin. Bitte anmelden unter der Tel. 36 75 70 90.

■ 08.05.2013, 17:00 - 18:00, **Bürgersprechstunde von Karin Halsch, Mda**, SPD-Bürgerbüro, Am Berl 13, 13051 Berlin

■ 13.05.2013, 19:00, **Fraktion vor Ort: Bezahlbares Wohnen**, SPD-Bundestagsfraktion, Lily-Braun-Oberschule, Münsingerstraße 2, 13597 Berlin, Anmeldung unter: 030-227 70 187. Diskussionsveranstaltung mit Ingo Egloff, Daniel Buchholz, Mda, und Sven Schulz, MdB

■ 14.05.2013, 19:30, Wolfgang Thierse, MdB, **„Thierse trifft ... Friedrich Schorlemmer“**, Kulturbrauerei, Soda-Salon, Knaackstraße Ecke Sredzkistraße 1, 10435 Berlin, Eintritt frei!

Theologe und Bürgerrechtler in der ehem. DDR, u.a. Studentenpfarrer und Prediger an der Schlosskirche in Lutherstadt-Wittenberg, Studienleiter der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt von 1992 bis 2007, Träger des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels, Autor zahlreicher Bücher, zuletzt: „Klar sehen und doch hoffen. Mein politisches Leben“.

■ 19. Mai 2013 (Pfingstsonntag), 16 Uhr, AWO Friedenau zu Gast im Kleinen Theater, AM Südwestkorso 64 (U-Bf. Friedrich-Wilhelm-Platz, Bus 101 und S-Bahn Bundesplatz), **„Frank Sinatra - Ein musikalisches Porträt“**, Karten für 13 und 18 €, Bestellungen bei Eva Liebchen, Tel.: 030-851 76 13, Mail: eva.liebchen@gmx.net

■ mehr: www.spd-berlin.de/termine

Information zur Patientenverfügung

Informationen zum Thema Patientenverfügung gibt die ehemalige Bundesjustizministerin Brigitte Zypries auf einer Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen am 15. Mai.

In einer Patientenverfügung kann jeder schriftlich für den Fall der Entscheidungsunfähigkeit im Voraus festlegen, ob und wie sie oder er in bestimmten Situationen ärztlich behandelt werden möchte. Brigitte Zypries hat sich als SPD-Justizministerin in der Großen Koalition vehement für die Einführung einer gesetzlichen Regelung der Patientenverfügung eingesetzt.

Das Thema Patientenverfügung berührt sensible Bereiche der menschlichen Moral und Ethik: Wir werden mit Krankheit, Leiden und Tod konfrontiert und wir verlangen uns zu Lebzeiten schwierige Entscheidungen über den Umgang mit dem eigenen Sterben ab. Entsprechend emotional wurde die politisch-ethische Debatte im Deutschen Bundestag geführt. Nach jahrelangen Debatten trat zum 1.9.2009 schließlich das neue Gesetz in Kraft.

Drei Gesetzentwürfe hatten dem Bundestag zur Abstimmung vorgelegen, zum Zuge kam derjenige, der den Intentionen von Brigitte Zypries entsprach. Die beschlossene Regelung sieht vor, dass die Voraussetzungen von Patientenverfügungen und ihre Bindungswirkung eindeutig im Gesetz bestimmt werden, so dass es mehr Rechtsklarheit und Rechtssicherheit im Umgang mit Patientenverfügungen gibt als vor der Verabschiedung des Gesetzes.

➡ Auf Einladung des gesundheitspolitischen Sprechers der SPD-Fraktion Thomas Isenberg findet die Veranstaltung am 15. Mai um 19 Uhr im Raum 311 des Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchnerstr. 5, statt.

Die Berliner Stimme im Abonnement

Änderungen beim Abonnement? Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

Sie haben noch kein Abonnement? Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin oder per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

Hof mit Theatern

Das English Theatre lockt mit neuen Konzepten

Die Fidicinstraße 40, einst Sitz einer Brauerei, später einer metallverarbeitenden Firma, gilt seit Jahren als gute Adresse für Kultur. An den 2006 verstorbenen Kurt Mühlenhaupt, der das Gelände gekauft hatte, erinnern einige seiner Zwergfiguren auf dem Hof und ein Wandbild. Neben Ateliers sind gleich zwei Theater hier zu Hause: das English Theatre Berlin und das Theater Thikwa, die sich die zwei Bühnen mit 60 und 120 Plätzen teilen.

Thikwa, das 2011 sein zwanzigjähriges Bestehen feierte, macht Kunst mit Behinderten. Die Inszenierungen werden von Schauspielern mit und ohne Behinderungen gemeinsam erarbeitet, die Gruppe ist inzwischen auf zahlreichen Festivals zu finden.

Mit den Theaterwerkstätten Berlin hatte Bernd Hoffmeister 1988 hier ein Projekt gestartet, um gebrauchte Bühnendekorationen wieder zu verwenden. Kleinere Aufführungen kamen zustande. Zwei Jahre später war Hoffmeister Mitbegründer eines Vorläufers des English Theatre Berlin (ETB), dessen Geschäftsführer er bis heute ist.

Als rein englischsprachiges Theater wurde es seit 1993 vom Berliner Kultursenat finanziell gefördert und brachte Klassiker und neue Stücke, szenische Lesungen und internationale Gastspiele auf die Bühne. Ab 2013, so hat es die für die Förderung der Freien Szene zuständige Jury des Berliner Senats beschlossen, entfällt diese Unterstützung. Zwei Jahre werden nun mit Hilfe verschiedener Geldgeber überbrückt, auch Lottomittel wurden bewilligt. Danach hoffen die Theatermacher auf Mittel aus der Konzeptförderung. Dafür setzen sie auf eine ganze Reihe neuer Ideen.

Eine wichtige Zielgruppe ist dabei die auf weit über 150 000 Köpfe angewachse-



Fidicinstraße 40: Bernd Hoffmeister im Gespräch mit Niko Sander vom SPD-Kulturforum. Foto: Horb

ne Gruppe der Berlinerinnen und Berliner, die Englisch als Muttersprache erlernt haben. Englisch verbindet aber auch Künstlerinnen und Künstler aus den unterschiedlichsten Ländern. Das English Theatre, so Bernd Hoffmeister, ist Kommunikationsort einer jungen internationalen Künstlerszene, die nach Berlin gekommen ist und deren Arbeitssprache Englisch ist. Regisseur Daniel Brunet, seit kurzem Mitglied der künstlerischen Leitung des Hauses, will ihnen mit einer eigenen Sparte unter dem Namen „Expats“ Raum im English Theatre geben.

Brunets Aufgabe ist es, das Theater künstlerisch neu zu positionieren und es zu einem Zentrum für darstellende Künste zu machen. Hier sollen Berliner und Touristen, die wenig oder kein Deutsch sprechen, einen Treffpunkt haben. Es ist eine große Herausforderung, jetzt in die Konzeptförderung zu kommen. Aber Hoffmeister rechnet sich gute Chancen aus, mit den neuen Ideen zu überzeugen. Überzeugt sind schon jetzt die vielen Freiwilligen, die das Theater beim Kartenverkauf oder anderen Arbeiten unterstützen. Ihr Lohn: freier Eintritt in die Vorstellung. **uh** □

➡ English Theatre Berlin: www.etberlin.de, Theater Thikwa: <http://www.thikwa.de>

KULTURTIPPS

Fotografien von RICCI und HITCH. Zwei Fotokünstler werfen in der neuen Ausstellung in der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus ihren Blick auf die Stadt: RICCI zeigt Weddinger Blumen - HITCH beLICHTet Berlin. RICCI ist eine autodidaktische Fotokünstlerin aus Berlin. Ein typisches Sonnenblumenfoto im Wedding: Riccis Welt schafft eine Ruheoase, in der die Betrachter für einen Augenblick innehalten können, um neue Energie zu schöpfen. Die Fotos wechseln vom Detail zur Totale, eine originelle Art für ihre Abfolge. Sie sind technisch brillant und haben eine sehr persönliche Note, sie werden grundsätzlich nicht nachbearbeitet.

Auch HITCH stammt aus Berlin. Er arbeitet als freier Fotokünstler weltweit, insbesondere in den Bereichen Industrie- und Architektur-Photographie. Faszinierende Bilder von ihm decken die individuelle geometrische Formensprache von Architektur im Detail auf. Am Tage und in der Nacht entstehen analoge, auf Dias belichtete Fotos mit besonderem Licht und überraschenden Perspektiven. **PM** □

➡ Eröffnung der Ausstellung am Donnerstag, dem 2. Mai 2013, 18:30 Uhr, Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, 13353 Berlin-Wedding, Müllerstraße 163, Dauer der Ausstellung: 2. Mai bis 24. Mai 2013, Öffnungszeiten der Galerie: Mi, Do, Fr 16 bis 18 h und nach telefonischer Vereinbarung (030 883 79 14 und 4692 150). Mehr auf www.kultur-in-berlin.com.

Kennedy in Berlin. Der Fotograf Ulrich Mack begleitete John F. Kennedy auf dessen Deutschlandreise 1963. Seine Reportageaufnahmen sind vom 2. Mai bis zum 6. Jun im Willy-Brandt-Haus in der Stresemannstraße zu sehen. **BS** □

➡ Eröffnung am Dienstag, den 30. April 2013, um 18:30 Uhr, Eintritt frei | Ausweis erforderlich. Geöffnet: Dienstag bis Sonntag 12 bis 18 Uhr